

Herausgeberin/Redaktion
Freisinnig-Demokratische
Partei der Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail info@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate
TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@
triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck
NZZ Print
Postfach
8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Maier, Franz Georg
Direktor Schweiz
Hallwylstrasse 15
3003 Bern
Landesbibliothek

Inhalt



Weniger Bürokratie
FDP Schwyz lanciert
Volksinitiative. **3**



Ladenöffnungszeiten
Freie Wahl
statt Bevormundung. **7**



Gesundheitspolitik
Reformen
sind dringend. **13**

Anzeige

Recht verstehen...

**Ihr Weg
zum
Recht.**

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

**Binder
rechtsanwälte**

Auf dem Weg zu einer modernen Gesellschaftspolitik

Ja zu familienfreundlichen Ladenöffnungszeiten

Die FDP-Frauen wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und sagen deshalb Ja zum Arbeitsgesetz am 27. November. Das Rad der Zeit darf nicht zurückgedreht werden. Neue sinnlose Verbote braucht die Schweiz nicht. Nur ein Ja sichert Arbeitsplätze und trägt dazu bei, neue zu schaffen.

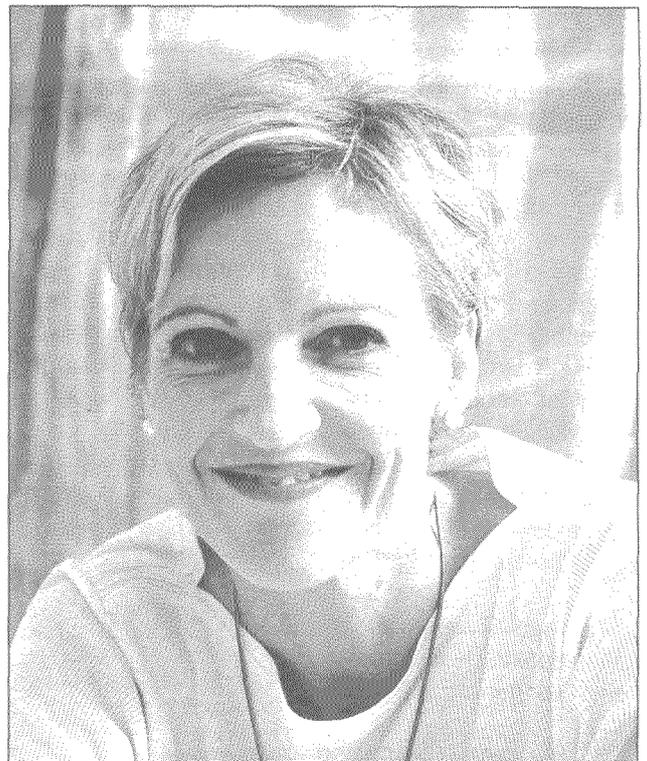
*Von Regierungsrätin
Marianne Dürst,
Präsidentin FDP-Frauen
Schweiz, Glarus, Co-
Präsidentin Komitee
«Frauen für liberale
Ladenöffnungszeiten»*

Die Revision des Arbeitsgesetzes stellt einen kleinen, aber weiteren Schritt hin zu einer modernen Gesellschaftspolitik dar. Deshalb haben die FDP-Frauen Schweiz beschlossen, ein eigenes überparteiliches Komitee «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten» zu gründen. Bereits haben sich über 70 Frauen aus Politik und Wirtschaft unserem Komitee angeschlos-

sen, so unter anderem auch die Präsidentinnen des Konsumentinnenforums kf, der BPW Switzerland Business & Professional Women, der Wirtschaftsfrauen Schweiz, der KMU-Frauen Schweiz und der alliance F.

Ja zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir freisinnigen Frauen sagen Ja zur Vorlage, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird. Die Ladenöffnungszeiten in der Schweiz verlaufen trotz veränderten Lebensgewohnheiten zu einem grossen Teil parallel zu gängigen Arbeitszeiten. Berufstätige Mütter und Väter sind heute gezwungen, werktags über Mittag oder kurz vor Ladenschluss einzukaufen. Während beispielsweise in Deutschland gezielt mit Blick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit die Einführung familienfreundlicher Servicezeiten von Behörden, Ämtern und Gewerbebetrieben auch mit staatlicher Unterstützung



Die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, Regierungsrätin Marianne Dürst, engagiert sich an der Spitze des Komitees «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten» für ein Ja am 27. November.

gefördert wird, sind es in der Schweiz ausgerechnet die Gewerkschaften, die entsprechende Schritte hin zu einer modernen und familienfreundlichen Gesellschaftspolitik wider besseres Wissen bekämpfen. Wir

sind der Meinung, dass erweiterte Ladenöffnungszeiten eine willkommene Entlastung bringen. Davon profitieren Mütter, Väter und Kinder.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Ja zu konsumentenfreundlichen Öffnungszeiten

Wir freisinnigen Frauen sagen Ja zur Vorlage, weil wir als Konsumentinnen selber bestimmen wollen, wann und wo wir einkaufen. Dies entspricht unserer Vorstellung einer liberalen Lebensgestaltung. Die Gewerkschaften wollen das Rad der Zeit zurückdrehen. Wir aber wollen uns von den Gewerkschaften nicht bevormunden lassen. Weitere sinnlose Verbote braucht die Schweiz nicht.

Ja zu flexibleren Arbeitszeiten

Wir freisinnigen Frauen sagen Ja zur Vorlage, weil sie eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung ermöglicht. Manche Frauen würden gerne über das Wochenende arbeiten, denn in vielen Familien könnte die Kinderbetreuung so vom Vater übernommen werden. Teure externe Betreuungslösungen würden hinfällig. Teilzeitarbeit am Wochenende und damit ein Zusatzverdienst für die Familie ist eine willkommene Option für viele Frauen. Es ist bedauerlich, dass ausgerechnet die Gewerkschaften solche Arbeitsplätze gefährden.

Die Vorlage ist zudem auch regionalpolitisch ausgewogen. Die ganze Schweiz,

und nicht nur grosse Städte, kommen im wahrsten Sinne des Wortes «zum Zug». Ein Ja am 27. November erhält bestehende und schafft neue Arbeitsplätze. Dadurch wird Wachstum generiert. Dies kommt Land und Leuten zugute. Davon profitiert nicht nur die Wirtschaft, sondern davon profitiert auch die Gesellschaft – wir alle also.

Geradezu grotesk wird es, wenn man die Bürgerinnen und Bürger über nutzlose Verbote zu einer «sinnvolleren» Freizeitgestaltung als Einkaufen erziehen will. Die Maxime von Freiheit und Verantwortung gilt, so sind wir freisinnigen Frauen überzeugt, auch hier.

Moderne Politik für moderne Menschen

Wir freisinnigen Frauen sagen Ja am 27. November und damit

- Ja zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Ja zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung
 - Ja zu günstigen Rahmenbedingungen im Alltag.
- Das ist moderne Politik für moderne Menschen. ■

Gratis

Bestellen Sie gratis den Flyer «Ja zu familienfreundlichen Ladenöffnungszeiten» mit den wichtigsten Argumenten für ein Ja am 27. November. Werden Sie Mitglied des Komitees «Frauen für liberale Ladenöffnungszeiten» oder unterstützen Sie die Kampagne finanziell. Die FDP-Frauen danken Ihnen!

irene.thalmann@bluewin.ch / PC-Konto 30-26108-6

Veranstaltungen

Einladung

Zweiter Weltfreiheitstag und Verleihung des Nachwuchspreises des Liberalen Instituts

Am 9. 11. 2005 feiert das Liberale Institut gemeinsam mit seinen Freunden, Gönnern und Interessenten den Zweiten Weltfreiheitstag in Erinnerung an den Fall der Berliner Mauer.

Am Weltfreiheitstag soll daran erinnert werden, dass das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der Freiheit werden soll und dass der sozialistische Kollektivismus ein epochaler Irrtum war.

Das Gastreferat wird von der Tessiner Regierungsrätin Marina Masoni gehalten. Musikalische Umrahmung mit Hackbrettmusik durch Johannes Fuchs, Appenzell.

Anlässlich der Feier wird zum ersten Mal der Nachwuchspreis des Liberalen Instituts für Beiträge zur Förderung der Freiheit verliehen.

Wir führen die Feier wie schon 2004 zusammen mit der FDP der Stadt Zürich, des Kantons Zürich und der Schweiz durch und hoffen auf eine rege Beteiligung, ohne dass wir die Absicht oder die Ambition hätten, daraus einen Grossanlass zu machen.

Die Veranstaltung findet um 17.30 Uhr im Zunfthaus zur Zimmerleuten, Limmatquai 40 in Zürich, statt.

Mit freundlichen Grüssen

Robert Nef, Leiter des Liberalen Instituts, Zürich

Anmeldetalon

Gerne nehme ich an der Feier vom 9. November teil.

Anzahl Personen: _____

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bemerkungen: _____

Einsenden an: Liberales Institut (Fax 044 364 16 69, E-Mail: susruf@libinst.ch)

«Initiative für weniger Bürokratie» lanciert

FDP Kanton Schwyz sammelt Unterschriften bei der Bevölkerung

Die FDP Kanton Schwyz lancierte Ende August 2005 eine kantonale Volksinitiative. Die «Initiative für weniger Bürokratie» verlangt eine Verminderung der Regelungsdichte und eine wesentlich geringere administrative Belastung für KMU. Die Unterschriftensammlung ist bereits angelaufen.



Kuno Kennel

Von Kuno Kennel,
Präsident FDP Schwyz

«Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind für das Wohlergehen der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Leider

ist es heute aber so, dass viele dieser Unternehmen sich einer immer grösseren Regelungsdichte und administrativer Belastung ausgesetzt sehen. Dies wollen wir mit unserer vorliegenden Verfassungsinitiative ändern», erklärt Kuno

Kennel, Präsident der FDP Kanton Schwyz und Präsident des FDP-Initiativkomitees. Die von der FDP Kanton Schwyz lancierte Verfassungsinitiative verlangt vom Kanton auf allen Stufen, das heisst auch auf Stufe Bezirk und Gemeinde, die Regelungsdichte und die daraus hervorgehenden administrativen Belastungen für die KMU so gering wie möglich zu halten bzw. zu senken. Die vom Kanton zu ergreifenden Massnahmen sollen nicht nur die neuen Erlasse betreffen, sondern die zuständigen Behörden auf allen Stufen verpflichtet, die bestehenden Erlasse zu überprüfen und wo möglich und notwendig entsprechende Vereinfachungen anzuordnen. Schliesslich ist nicht alles vom Bund verordnet: Viele Gesetze und Erlasse werden direkt von den Kantonen, Bezirken und Gemeinden erarbeitet und umgesetzt, wie etwa die Baubewilligungsverfahren und vieles mehr.

Wachsende Belastung

Die KMU sind die tragende Stütze der Volkswirtschaft, und trotzdem werden sie laufend mit neuen Rechts-erlassen genötigt, komplizierte Vorschriften umzusetzen, Formulare auszufüllen, Statistiken zu erstellen, Bewilligungen einzuholen, Tabellen mit den ständig gleichen Angaben zu produzieren, Belege zu sammeln und sich von Behörde zu Behörde durchzuschlagen. Der entsprechende Zeitaufwand und die damit verbun-

denen Kosten belasten die KMU immer mehr. Dabei hätten die Unternehmen im heute herrschenden Konkurrenzkampf doch viel wichtigere Aufgaben zu erfüllen.

Mehr Zeit für Kernaufgabe

Die vorliegende Initiative will den Abbau von unnötigem administrativem Aufwand für die KMU vorantreiben und damit sicherstellen, dass die Firmeninhaber wieder mehr Zeit haben, sich um die wirklich wichtigen unternehmerischen Herausforderungen zu kümmern. «Das fördert die Konkurrenzfähigkeit der KMU, sichert somit Arbeitsplätze und schafft volkswirtschaftliches Wachstum», ist Kuno Kennel überzeugt.

Umdenkprozess einleiten

Die FDP Kanton Schwyz will mit ihrer Initiative nicht zuletzt einen Umdenkprozess einleiten. «Den entsprechenden Druck auf die kantonalen Organe können wir

jedoch nur mit einem klaren und unwiderruflichen Signal des Volkes erhöhen», erklärt Kennel. «Sonst passiert nichts.» Das von der FDP Kanton Schwyz lancierte Volksbegehren soll nur ein erster Mosaikstein sein für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU. «Weitere werden mit politischen Vorstössen im Schwyzer Kantonsrat folgen», verspricht Kennel. Weitere Informationen zur Initiative sowie sämtliche Unterlagen sind auf der Internet-Website der FDP Kanton Schwyz unter www.fdp-sz.ch zu finden. ■

Initiative für weniger Bürokratie

Unterschreiben auch Sie die kantonale Volksinitiative im Internet

www.fdp-sz.ch

FDP
Freiheit-Demokratische Partei
des Kantons Schwyz

Für Freiheit, die bewegt.

Abonnements-Beitrag

Liebe «Freisinn»-Leserinnen und -Leser

In dieser Ausgabe des «Freisinns» finden Sie einen Einzahlungsschein, der Ihnen die Überweisung eines freiwilligen Abonnements-Beitrags ermöglicht.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Erfolgreiche Schlussmobilisierung

Riesiges JA zu den Bilateralen auf dem Bundesplatz

Mit einer symbolischen Aktion in Bern wurde in der Woche vor der Abstimmung der Schlusspurt für die Abstimmung vom 25. September lanciert. Der Einsatz hat sich ganz offensichtlich gelohnt, wie das erfreuliche Resultat gezeigt hat.

Vier Tage vor der Abstimmung lancierte die FDP zusammen mit den anderen Befürwortern des Personenverkehrsabkommens die Schlussmobilisierung. An verschiedenen Standorten in der Stadt Bern verteilten Parlamentarierinnen und Parlamentarier Karten mit dem Aufdruck «Meine Stimme zählt» und dazu ein süßes Dankeschön. Abgeschlossen wurde diese Aktion auf dem Bundesplatz mit einem aus mehreren hundert Befürworterinnen und Befürwortern gebildeten JA. Die Luftballone, die sie in den Morgenhim-

mel über Bern steigen liessen, symbolisierten den Aufwärtstrend der Schweiz, für den ein Ja am 25. September die Voraussetzung war.

Der grosse Einsatz der Freisinnigen im Rahmen der ganzen Abstimmungskampagne hat sich gelohnt; das deutliche Abstimmungsergebnis beweist es. An dieser Stelle sei deshalb dieser Einsatz für die Zukunft der Schweiz herzlich verdankt. Die Schweiz kann nun ihren massgeschneiderten bilateralen Weg gehen. ■



Lagebesprechung vor der Karten-Verteilung: Ständerat Peter Briner (links) und Fraktionschef Felix Gutzwiller.



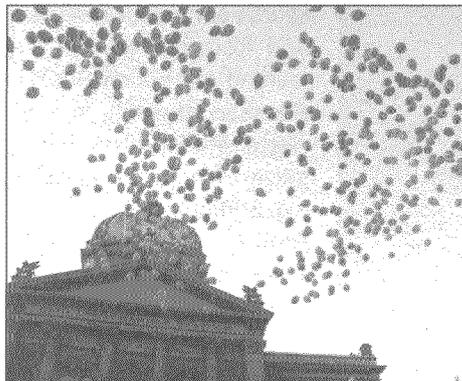
Aufstellen zum JA: Ständerätin Trix Heberlein und rechts von ihr Nationalrat Pierre Triponez.



Angeregte Diskussion mit Nationalrat Markus Hutter.



Parteipräsident Fulvio Pelli überzeugt einen Passanten.



Damit es mit der Schweiz aufwärts geht: Die Ballone steigen in den Berner Morgenhimmel.



Das JA auf dem Bundesplatz.

Bern

Videoüberwachungen im öffentlichen Raum



Die FDP des Kantons Bern setzt sich für mehr öffentliche Sicherheit ein. Die Gemeinden sollen möglichst rasch über den Einsatz von Videoüberwachungen im öffentlichen Raum entscheiden können. Mit einer Fraktionsmotion fordern die Freisinnigen den Regierungsrat auf, die entsprechenden Rechtsgrundlagen zu schaffen. Was auf privatem Grund (Einkaufszentren, Geschäfte, Passagen usw.) und im öffentlichen Verkehr (u. a. SBB auf Bahnhöfen und in Zügen) gang und gäbe ist, muss nach Meinung der FDP des Kantons

Bern auch auf Gemeindegebiet möglich sein. Videoüberwachungen (mit Bildaufzeichnungen) haben Präventionswirkung, erhöhen das subjektive Sicherheitsempfinden und dienen nicht zuletzt der Verbrechensbekämpfung. Nachdem einzelne Gemeinden (Bern und Biel) bereits über pfeifenfertige Reglemente verfügen, diese aber mangels kantonaler Rechtsgrundlage nicht umsetzen können, sehen die Freisinnigen Handlungsbedarf. Der Kanton soll den Gemeinden möglichst rasch die Möglichkeit von Videoüberwachungen im öffentlichen Raum schaffen. ■

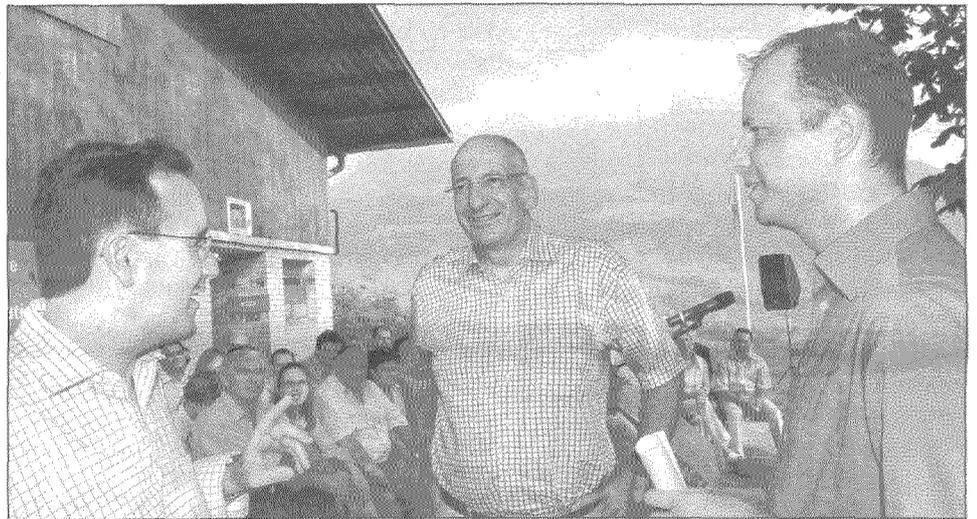
Schwyz

Bundesrat Couchepin zu Gast im Kanton Schwyz



Das Herbsttreffen 2005 der FDP Kanton Schwyz wurde zu einem vollen Erfolg: Der idyllisch gelegene Bauernhof von FDP-Kantonsrätin Silvia Bähler-Eggerschwiler in Merlischachen (SZ), die feinen Grillspezialitäten und das wunderbare Wetter trugen zu einem unvergesslichen FDP-Familienfest bei. Ehrengast war Bundesrat Pascal Couchepin, der extra aus dem Wallis anreiste und auf dem Landplatz, mitten auf der grünen Wiese, herz-

lich empfangen wurde. Bundesrat Couchepin verlieh den Jungunternehmerpreis 2005. Dieser ging an die ITpoint Information Technology AG, Küsnacht (SZ). Die ITpoint Information Technology AG erbringt erfolgreich Dienstleistungen im Informationstechnologie-Bereich. Mit der Verleihung des Jungunternehmerpreises will die FDP Kanton Schwyz ein Zeichen für eine innovative und zukunftsgerichtete Wirtschaft setzen, die geprägt ist von Zuversicht. ■



«Ich stimme Ja, weil die Freiheit des Einzelnen zentral ist.»



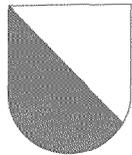
Fulvio Pelli
FDP-Präsident

zu vernünftigen
Ladenöffnungszeiten

FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

Zürich

Steuerschraube dreht sich



Für das kommende Jahr beantragt der Zürcher Finanzdirektor Hans Hollenstein (CVP) eine Erhöhung des Steuerfusses (Staatssteuer) um 5 Prozent. Zudem will die Regierung auch die Mehrbelastung, welche durch die NFA entsteht, mit einer weiteren 5-prozentigen Steuererhöhung auffangen. Auch die dem Kanton Zürich zufließenden Erträge aus der Auflösung der Goldreserven

der Nationalbank sollen nur zur Deckung des Defizits dienen: Im Jahre 2005 fließen dem Kanton Zürich 1.600.000.000 Franken Liquiditätsmässig zu, d. h. der Kanton Zürich erhält im Jahre 2005 den Gegenwert von rund 40 Steuerprozenten. Mit ihren Plänen entzieht sich die Regierung dem Reformdruck der FDP und will ihre Ausgabenpolitik weiterführen. Die «massvolle Steuererhöhung» des Finanzdirektors entwickelt

sich so zu einer mittelfristigen «Steuerexplosion». Die FDP des Kantons Zürich fordert die Regierung auf, unverzüglich weiterführende strukturelle Sanierungsmassnahmen zu ergreifen. Es gilt, über Jahrzehnte erarbeitete Werte künftigen Generationen zu sichern, so dass Härtefälle und allfällige Restrukturierungskosten gemildert oder nachhaltige Investitionen getätigt werden können. ■

Regeln statt Verbote

Nein zur Volksinitiative für ein Gentechmoratorium

Der Zweck dieser Initiative ist es, jeglichen landwirtschaftlichen Gebrauch von genetisch veränderten Produkten während der kommenden fünf Jahre zu verbieten. Darüber hinaus soll auch der Import von gentechnisch verändertem Saatgut und vermehrungsfähigen Pflanzen untersagt werden, soweit diese für landwirtschaftliche, gartenbauliche oder forstwirtschaftliche Zwecke bestimmt sind. Einmal mehr wird also der Versuch unternommen, die Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden. Aus liberaler Sicht gilt es, dies mit einem Nein zu dieser Initiative unbedingt zu verhindern.

Von FDP-Fraktionschef Felix Gutzwiller, Nationalrat (ZH)



Felix Gutzwiller

De facto würde der zur Abstimmung stehende Gesetzesentwurf ein Moratorium einführen, welches unseren Forschungsstandort empfindlich treffen würde. Ein solcher Schritt stünde in klarem Widerspruch zu einem mehrfach zum Ausdruck gebrachten liberalen Volkswillen. In der Tat hat das Stimmvolk einfachen Verboten stets sinnvolle Kontrollen vorgezogen. Unser Grundsatz «Regeln statt Verbote» muss weiterhin

gelten. Während der Ausarbeitung des Bundesgesetzes betreffend die Genmanipulation im Ausserhumanbereich, kurz Genlex, hat sich die FDP umfassend mit diesem Thema ausein-

ander gesetzt. Obwohl sich das Parlament nahezu drei Jahre lang minutiös mit dem Gesetzesentwurf befasst hat, versucht nun eine rot-grüne Koalition, ihren Ansichten mit radikalen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen. Mit einem allgemeinen Verbot soll dies in den Stein der Verfassung gemeisselt werden.

Schädlich für den Wirtschaftsstandort

Zunächst ist ein Moratorium schlicht nicht konstruktiv. Es wäre in der Tat unsinnig, uns selbst zu verordnen, für ein bereits heute bekanntes Problem erst morgen nach Lösungen zu suchen. Genau dies aber würde ein Moratorium bewirken: die Lösung eines Problems vertagen. Antworten hingegen, ebenso wie eine längerfristige Perspektive, wären von der Annahme der Abstimmungsvorlage nicht zu erwarten. Auch benötigt die Wissenschaft Räume kontrollierter

Freiheit und keine blinden Verbote. Ein jeder Wissenschaftler, ganz unabhängig von seiner politischen Neigung, wird Ihnen dies bestätigen. Um es mit einem häufig gebrauchten Slogan der 68er-Linken

auszudrücken: «Es ist verboten, zu verbieten» – ein Motto, das übrigens besonders in wissenschaftlichen Kreisen beliebt war.

Weiter berücksichtigt ein Moratorium nicht die Wirklichkeit der Arbeitswelt von Universitäten und privat finanzierten Forschungszentren. Mehr denn jemals zuvor sind heute Forschung, Entwicklung und wirtschaftlicher Nutzen eng miteinander verbunden. Die Grundlagenforschung zu verbieten, würde demnach nichts anderes bedeuten, als diese logische und unserer Wirtschaft förderliche Kette zu unterbrechen.

Ein Moratorium zu verabschieden, würde bedeuten, Arbeitsplätze zu exportieren und Forschungskräfte ins Ausland zu verdrängen.

Unehrllicher Vorschlag

Wir haben uns intensiv mit den wissenschaftlichen Fakten auseinandergesetzt. Obwohl am 27. November lediglich über ein auf fünf Jahre erstrecktes Moratorium abgestimmt wird, sehen unsere politischen Gegner darin nur den ersten Schritt in Richtung einer definitiven Lösung. Die Initianten haben bei der Abfassung des Initiativtextes lange gezögert. Zunächst galt es, ein definitives Verbot durchzusetzen. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die es mit sich gebracht hätte, dem Stimmvolk eine solch dogmatische Position

nahe zu bringen, wurde das ursprüngliche Ziel dann auf ein Moratorium von zunächst zehn und schlussendlich fünf Jahren zurückgestuft. Es steht daher ausser Zweifel, dass es sich als extrem schwierig erweisen wird, den einmal eingeschlagenen Weg des Moratoriums wieder zu verlassen.

Ein Moratorium ist Augenwischerei, denn der Import von aus genetisch veränderten Pflanzen gewonnenen Erzeugnissen bliebe weiterhin zulässig. Das vom Parlament ausgearbeitete Gesetz reglementiert deren Verkauf und setzt hier klare Grenzen. Schliesslich ist ein Moratorium unehrlich, weil es den Landwirten zwar ein besseres Dasein verspricht, diese aber tatsächlich um gerade diejenigen technologischen Fortschritte bringt, die einen besseren Umgang mit der Umwelt und eine höhere Produktivität versprechen.

Unnötiges Moratorium

Wir verfügen bereits seit zwei Jahren über eine strenge gesetzliche Grundlage. In der Tat stellt die Genlex eine verantwortungsvolle Verwendung von genmanipulierten Pflanzen sicher und garantiert die freie Wahl des Verbrauchers, unter anderem indem durch sehr strikte Vorschriften über die Beschriftung von Produkten ein hohes Mass an Transparenz geschaffen wird. Schliesslich ist diese Initiative unnötig, weil sich das Volk mit 66,7% bereits klar gegen ein allgemeines Verbot im Bereich der Gentechnik ausgesprochen hat.

Unter www.gentechn-moratorium-nein.ch finden Sie weitere Informationen zum Gentechmoratorium.

Anzeige



KLINIK AADORF
Klinische Psychotherapie

Wir begleiten Sie bei
Krisen, Stress, Burnout

Kompetent – ganzheitlich – menschlich

Dr. med. Hans König, Chefarzt
Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH
Föhrenbergstrasse 23, 8355 Aadorf, Tel. 052 368 88 88

Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten

Ja zur Änderung des Arbeitsgesetzes am 27. November heisst Ja zu mündigen Konsumentinnen und Konsumenten

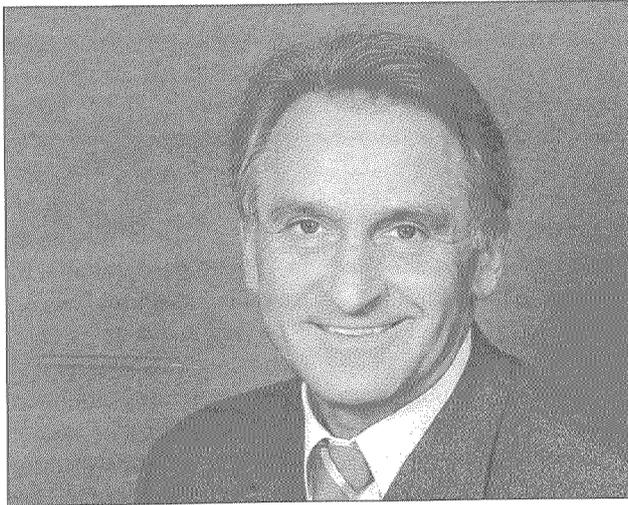
In der heutigen individualisierten Gesellschaft haben sich die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit aufgelöst. Die Mussestunden des einen bedeuten Arbeitseinsatz für den anderen.

Von Nationalrat
Rolf Hegetschweiler,
Ottenbach ZH

Über 500 000 Menschen arbeiten in der Schweiz auch am siebten Wochentag. Eine Liberalisierung der Arbeitszeiten in grösseren Bahnhöfen und Flughäfen – und einzig darum geht es bei der Revision des Arbeitsgesetzes vom 27. November – bedeutet demnach bloss eine Anpassung der Vorschriften an die gelebten Realitäten. Diese neuen Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten, von denen zunehmend Gebrauch gemacht wird, sind im Parlament auf breite Unterstützung gestossen. SP und Gewerkschaften, die dagegen das Referendum ergriffen haben, schiessen damit aufs eigene Tor.

Keine Attacke gegen den Sonntag

Die Revision des Arbeitsgesetzes ist keine Aufweichung des grundsätzlichen Arbeitsverbots am Sonntag. Sie sichert lediglich den Status quo in grossen Bahnhöfen und Flughäfen. Wie bereits heute soll dort sonntags weiterhin Personal beschäftigt werden dür-



Rolf Hegetschweiler

fen. Die gängige Praxis wird ins ordentliche Recht überführt. Dass es überhaupt zu einer Abstimmung kommt, ist die Folge eines von den Gewerkschaften erzwungenen Bundesgerichtsentscheids, der es zahlreichen Bahnhofsläden untersagt, sonntags Personal zu beschäftigen. Bei einem Nein müssten in verschiedenen Schweizer Bahnhöfen über 100 Läden geschlossen werden, mit entsprechendem Abbau von Hunderten von Arbeitsplätzen.

Eigengoal von SP und Gewerkschaften

Die klare Mehrheit, mit der die SP-Delegierten kürzlich ein Nein beschlossen und sich damit hinter die klassenkämpferische Haltung der Gewerkschaften gestellt haben, erstaunt. Der Präsident der Zürcher SP, Martin Naef, bekennt im «Tages-Anzeiger» unumwun-

den, dass ihm der Entscheid «zu ideologisch» sei. Es gebe nämlich viele Angestellte, die am Sonntag arbeiten wollten: Studierende oder allein Erziehende, die auch auf die Sonntagszuschläge angewiesen seien. Darum sei es besser, mit den Arbeitgebern gute Arbeitsbedingungen auszuhandeln, statt die Sonntagsarbeit grundsätzlich zu bekämpfen. Da kann man ihm nur zustimmen und staunen, dass seine Argumente bei den Genossen so wirkungslos blieben. Er weiss natürlich, wovon er spricht: Im Zürcher Shop-Ville haben SBB, Stadt Zürich und die Ladenbetreiber einen Vertrag unterzeichnet, der die Arbeitszeiten und die Löhne am Sonntag regelt. Bei einem Nein am 27. November wird dieser Vertrag hinfällig. Auch der Chef der SP-Kantonsratsfraktion stösst ins gleiche Horn, Wer am Sonn-

tag einkaufen wolle, werde durch das Nein gezwungen, mit dem Auto zur nächsten Tankstelle zu fahren.

Keine Einkaufszentren in Bahnhöfen

Die Befürchtung, dass Bahnhöfe künftig zu Einkaufszentren werden, ist haltlos. In Bahnhöfen und Flughäfen wird in der Regel das eingekauft, was in einer Tragtasche Platz hat, also keine Staubsauger, Fernseher oder Hochdruckreiniger. Diese Läden haben eine reduzierte Sortimentspalette. Zudem fehlt es vor Bahnhöfen an Parkplätzen; Zürich HB hat gerade 24 Parkplätze! Bahnhöfe sind weitgehend gebaut und nicht für schwere Güter und Grossverkäufe eingerichtet. Sie können nicht zu Einkaufszentren ausgebaut werden.

Mobilität und Einkaufstourismus

Die Mobilität der Berufstätigen hat stark zugenommen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind darauf angewiesen, im Vorbeigehen nach La-

denschluss oder am Sonntag einkaufen zu können. Der Schweizer Detailhandel, die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelindustrie und der Fiskus leiden schon heute unter dem wachsenden Einkaufstourismus. Nachbarländer wie Deutschland, Italien und Frankreich haben bereits liberalere Ladenöffnungszeiten als die Schweiz. Es liegt im Interesse der Schweiz, dass nicht weitere Kaufkraft ins Ausland abwandert.

Warum ein Ja am 27. November?

Bei einer Ablehnung der moderaten Vorlage würden viele begehrte (Teilzeit-) Jobs verschwinden, die Zentren des öffentlichen Verkehrs und damit die SBB geschwächt und Bürgerinnen und Bürger bevormundet. Ein Rückschritt in dieser Frage liegt weder im Interesse der Konsumenten noch in jenem der Bahnhöfe, der Ladengeschäfte und des Verkaufspersonals. Ein Ja zur Änderung des Arbeitsgesetzes am 27. November ist deshalb unumgänglich und die einzig richtige Antwort. ■

Parolen der FDP Schweiz für den 27. November:

Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)

JA

Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»

NEIN

Ja zur Wahlfreiheit am 27. November 2005

Wir lassen uns nicht bevormunden!

Die Vorredner haben die Vorlagen vorgestellt und die Argumente dargelegt. Damit eine Volksabstimmung gewonnen wird, ist von grosser Wichtigkeit, dass Information vorliegt und Kommunikation betrieben wird. Zum Erfolg am Abstimmungssonntag gehört immer eine erfolgreiche Kampagne.

Von FDP-Generalsekretär
Guido Schommer

Die FDP hat die Federführung bezüglich der beiden Kampagnen pro Schengen/Dublin und pro Personenverkehrsabkommen übernommen und daneben zwei kräfteraubende, aber erfolgreiche Partei-Kampagnen geführt. Erfolgreich

deshalb, weil es gelungen ist, die FDP-Wählerinnen und -Wähler überdurchschnittlich zu mobilisieren, und zwar im zustimmenden Sinne. Die Vox-Analyse hat diesbezüglich Schengen/Dublin eindrücklich bestätigt, fürs Personenverkehrsabkommen kann ich Ihnen heute eine Erstausswertung von Gemeinden mit ausgeprägter hohen FDP-Wähleranteilen vorlegen. Auch hier zeigt sich wieder: FDP-Hochburgen sind in den jeweiligen Regionen und Kantonen deutlich überdurchschnittlich für ein Ja mobilisiert worden.

Unsere direkte Demokratie gönnt den Parteien keine Verschnaufpause. Wir stehen vor der Herausforderung einer sehr kurzen Kampagne bis am 27. November. Wiederum stehen zwei

Vorlagen an, welche der FDP eine Profilierung erlauben. Bei beiden Vorlagen geht es um eine zentrale Grundfrage unserer Gesellschaft: Wollen wir Wahlfreiheit oder Bevormundung? Zwei polarisierende, maximal unterschiedliche Konzeptionen des Menschenbildes stehen einander gegenüber: Wird der Bürger als mündig angesehen, selbständig vernünftige Entscheidungen über Konsumverhalten und über seinen persönlichen Arbeitseinsatz zu fällen? Oder benötigt er neue, zusätzliche Verbote und Bevormundung? Am 27. November entscheidet der Souverän, ob er Regeln will, die individuelle Entscheidungen zulassen, oder ob er Verbote befürwortet, die Chancen zerstören. Es geht darum

zu entscheiden, ob wir eine intelligente Schweiz wollen, die Forschungschancen in der Schweiz zulässt. Es geht darum zu entscheiden, ob wir eine moderne und offene Schweiz wollen, die sich selbst und dem anderen den Entscheid überlässt, an welchen Tagen er in lebendigen Bahnhöfen und Flughäfen einkaufen oder arbeiten will.

Das alles ist Grund genug, dass sich die liberalen Kräfte der Schweiz wieder an vorderster Front und sichtbar engagieren. Wie Sie sicherlich bereits erfahren konnten, hat die FDP im Generalsekretariat eine Kampagnenstelle geschaffen, die seit diesem Frühjahr jene Abstimmungskampagnen vorbereitet und durchführt, welche für die FDP von strategischer Bedeutung sind.

Beim Nein zum Gentech-Moratorium ist die FDP mit der Federführung eines überparteilichen Komitees engagiert, das sich in einigen Tagen vorstellen wird. Bei der Vorlage um die neuen Ladenöffnungszeiten wird die FDP eine eigene Kampagne führen. Dabei werden folgende Bestandteile umgesetzt werden:

- Freisinnige Kantonal- und Ortsparteien werden Veranstaltungen organisieren
- Rund 50 000 Flyer werden in den Einsatz gelangen
- Rund 7 000 Plakate werden aufgehängt, insbesondere im Städtebereich.

■ Hinzu kommt der Versand von e-cards, die sich bereits während der Kampagne zum Personenverkehrsabkommen grosser Beliebtheit erfreuten.

■ Nach den Erfolgen mit Video-Spots bei den Bilateralen werden wir hier neue produzieren und einsetzen.

■ Hinzu kommen die Informations- und Mobilisierungsmedien für die FDP-Basis wie Pressedienst, Newsletter, unsere Parteizeitungen «Freisinn» und «pages politiques».

■ Last but not least werden auch wieder Testimonials mit bekannten Persönlichkeiten aus den jeweiligen Regionen in den Zeitungen aufgeschaltet werden.

Wir gehen davon aus, dass die Kampagnen für ein Ja zu vernünftigen Ladenöffnungszeiten und für ein Nein zum Gentech-Moratorium schwierig zu gewinnen sind – aber auch, dass sie gewonnen werden können. Der Kanton Aargau hat bezüglich der Ladenöffnungszeiten am vergangenen Wochenende ein positives Signal gesetzt. Die Gegnerschaft ist zwar motiviert und verfügt voraussichtlich über ein Mehrfaches an Mitteln. Aber: Der Souverän hat in der Vergangenheit schon oft für Regeln statt Verbote, für Wahlfreiheit statt Bevormundung gestimmt. Das stimmt uns zuversichtlich.

Bestelltalon

für Abstimmungsmaterial «Ladenöffnungszeiten» vom 27. November 2005

Plakate FDP

(F4: 90x128 cm, A3: 29x41 cm)

F4 in Deutsch

Anzahl: _____

A3 in Deutsch

Anzahl: _____

Flyer FDP in Deutsch

Anzahl: _____

Argumentarium in Deutsch (verfügbar)

Anzahl: _____

Foliensatz Referat deutsch (verfügbar)

Anzahl: _____

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

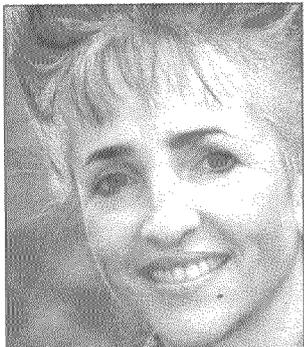
E-Mail: _____

Bitte um Rücksendung an das Generalsekretariat FDP, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax an 031 320 35 00.

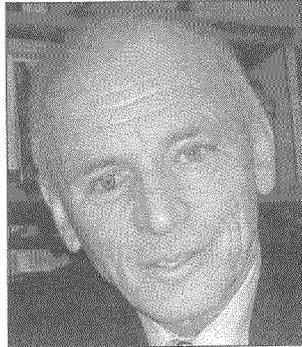
Unter www.gentech-moratorium-nein.ch können Sie Abstimmungsmaterial bezüglich Gentech-Moratorium bestellen.

Maulkorb für die Demokratie?

Die Volksinitiative der FDP will das Verbandsbeschwerderecht so modifizieren, dass ein Interessenausgleich zwischen sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützerischen Faktoren möglich wird.



Carmen Walker Späh



Robert Nef

Von Carmen Walker Späh
und Robert Nef *

Im «Tages-Anzeiger» vom 16. August 2005 werfen die beiden Staatsrechtsprofessoren Georg Müller und René Rhinow der FDP-Initiative zur Einschränkung der Verbandsbeschwerde vor, gegen rechtsstaatliche und liberale Prinzipien zu verstossen. Diese Vorwürfe sind zurückzuweisen.

Reform der Verbandsbeschwerde

Die FDP kämpft nicht für die pauschale Abschaffung der Verbandsbeschwerde, auch nicht für die Bevorzugung von öffentlichen gegenüber Privaten Bauten (Kreditbeschlüsse ausgenommen), und auch nicht für die Abschaffung des Umweltschutzes. Nach den Vorstellungen der Initianten soll die Verbandsbeschwerde einzig nach Volksentscheiden oder entsprechenden Parlamentsbeschlüssen ausgeschlossen werden. Der FDP geht es allein um das, was derzeit auch Par-

lament, Bundesrat und Verwaltung diskutieren, nämlich die Frage, wann, wie und wo welche Verbände ihr Privileg, die Verbandsbeschwerde, ausüben können. Alles andere ist Polemik. Die Initiative will die Verbandsbeschwerde dann ausschliessen, wenn in der Sache ein Volksentscheid oder ein Parlamentsbeschluss vorliegt. Sie ändert kein einziges materielles Gesetz (z. B. Umweltschutzgesetz). Projekte müssen auch bei einer eingeschränkten Verbandsbeschwerde viele Hürden überwinden, unter anderem die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Baubewilligungsverfahren und das Genehmigungsverfahren bei Planungen. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) verfügt sogar über ein eigenes Behördenbeschwerderecht, das noch weiter geht als die Verbandsbeschwerde. Auch aufsichtsrechtliche Mittel

können jederzeit ergriffen werden. Der Rechtsstaat ist durch eine Einschränkung der Verbandsbeschwerde nicht bedroht. Im Gegenteil: Zwei seiner fundamentalen Prinzipien rücken dadurch wieder ins Zentrum: das Legalitätsprinzip, wonach unsere Behörden an das Gesetz gebunden sind, und die Untersuchungsmaxime, wonach die Behörden den rechtserheblichen Sachverhalt von Amtes wegen festzustellen haben. Das gilt ganz allgemein und hängt nicht davon ab, ob es eine Verbandsbeschwerde gibt oder nicht. Demokratisch und grundrechtlich gefordert ist die Verbandsbeschwerde nicht, dies im Gegensatz etwa zum allgemeinen Beschwerderecht der in ihrer Rechtsstellung Betroffenen, also dem Recht des Einzelnen. Wer trotzdem immer noch von «rechtsstaatlicher Bedenklichkeit» spricht, äussert damit vor allem seine tiefe und pauschale Misstrauenserklärung gegenüber den demokratisch gewählten Behörden.

Konkurrenzverhältnis Staat und Verbände

Nach über 20 Jahren Erfahrungen mit der Verbandsbe-

schwerde ist es unumgänglich, die notwendigen Korrekturen anzubringen. Sie ist so zu modifizieren, dass ein Interessenausgleich zwischen sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützerischen Faktoren (nachhaltige Entwicklung) möglich wird. Der Entscheid des Souveräns ist ein solcher Entscheid. Und er gilt staatsrechtlich gesehen als der stärkste Ausdruck unserer direktdemokratischen Staatskonzeption. Andere Gremien, welche gleichermassen das öffentliche Gesamtinteresse vertreten, gibt es nicht. In diesem Fall ist es gerechtfertigt, die punktuelle öffentliche Interessen und daher keine Gesamtsicht vertretende ideelle Verbandsbeschwerde auszuschliessen.

Liberalismus: Schutz der Freiheit im Zentrum

Der Rechtsstaat schützt vor Willkür. Der Liberalismus stellt demgegenüber den Schutz der Freiheit ins Zentrum. Die Verbandsbeschwerde betrifft zweifellos hochrangige öffentliche Interessen; dennoch ist sie nicht besonders liberal, weil sie Eingriffe in das Privateigentum und in die Privatautonomie rechtfertigt. In der heutigen Gerichtspraxis wird oft übersehen, dass es auch ein eminentes öffentliches Interesse am Schutz des Privateigentums und der Privatautonomie gibt. Jede Interessenabwägung ist jedoch im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ein politischer Vorgang, und unser demokratisch geprägtes

Verfassungsrecht ist bei der Zuweisung von politischen Fragen an Gerichte mit guten Gründen zurückhaltend. Selbst wenn an die praktische Umsetzung einige Anforderungen gestellt werden, so ist dies bei Verfassungsinitiativen nichts Ungewöhnliches. Auch dass sich engagierte Anhänger der Verbandsbeschwerde gegen eine teilweise Abschaffung wehren, ist legitim; nur sollten sie dabei weder den Rechtsstaat noch den Liberalismus als Argument verwenden.

Mehr Wachstum für die Schweiz

Die durch die FDP-Initiative ausgelöste Diskussion ist angesichts unseres defizitären Staatshaushaltes und fehlenden Wirtschaftswachstums überfällig. Dies gilt umso mehr, als die Rolle der Verbände bisher noch nie ausserhalb der Parlamente diskutiert wurde. Den Kritikern geben wir zu bedenken: Demokratiepolitisch handelt derjenige fragwürdig, der solche Diskussionen bereits im Anfangsstadium zu verhindern versucht. ■

* Carmen Walker Späh ist Rechtsanwältin, Zürcher FDP-Kantonsrätin und Mit-Initiantin der FDP-Initiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts
Robert Nef ist Leiter des Liberalen Instituts

Unterschreiben Sie!

In der Mitte dieses «Freisinns» befindet sich ein Unterschriftenbogen. Füllen Sie diesen aus und senden Sie ihn so rasch wie möglich zurück.

Besten Dank.

Weitere Infos
zur Volksinitiative:
www.wachstum.ch

Nicht gut genug

Weltbank-Ranking zeigt Schwächen des Unternehmensstandortes Schweiz

Gemäss einer Studie der Weltbank belegt die Schweiz in einer Studie über die Standortattraktivität für Unternehmen den 17. Rang. Mit dieser Rangierung kann, aber sollte man sich nicht zufrieden geben. Die Schweiz gehört an die Spitze. Dafür müssen aber endlich die Hausaufgaben gemacht werden.

Von FDP-Pressechef
Christian Weber

Die Schweiz belegt beim Steuerwettbewerb und bei der Flexibilität des Arbeitsmarktes einen vorderen Platz. Positiv bewertet wird durch die Weltbank auch die Tatsache, dass Vertragsstreitigkeiten in der Schweiz in der Regel sehr rasch beigelegt werden. So weit, so gut, das grosse «Aber» folgt jedoch auf dem Fusse. Wenn es um den Schutz der Investoren geht, liegt die Schweiz gerade mal auf Platz 119 von 155 untersuchten Staaten. Bemängelt werden z.B. die Haftungsbestimmungen und die Klagemöglichkeiten.

Auch wenig erfreulich ist die Tatsache, dass man in der Schweiz 20 Tage braucht, um ein Unternehmen zu gründen. In Australien benötigt man dazu genau zwei Tage. Mit der geografischen Lage auf der entgegengesetzten Seite der Erdkugel ist dieser Unterschied auf jeden Fall nicht zu begründen. Wenig tröstlich ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass man in Haiti für die Firmengründung über 200 Tage benötigt.

Die Besseren

An der Ranglistenspitze steht Neuseeland. Dieses Land hat seine Hausaufgaben gemacht und radikale Reformen durchgeführt. Die Hartnäckigkeit zahlt sich nun aus, indem Unternehmen die weltbesten Rahmenbedingungen vorfinden. Wer nun glaubt, dass die Schweiz zumindest europäische Spitze sei, der irrt. Auf Platz 5 liegt Norwegen, dahinter finden sich die weiteren nordischen Staaten. Auch die neuen EU-Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie Grossbritannien und Irland erhalten bessere Noten als die Schweiz. Selbst Deutschland, das in der jüngeren Vergangenheit oft als schwarzes Schaf punkto Wirtschaftspolitik dargestellt wurde, steht mit dem 19. Platz wesentlich besser da, als gemeinhin vermutet wird. Unserem Nachbarn wird von der Weltbank eine grosse Reformfreudigkeit beschieden, und es wäre deshalb nicht verwunderlich, wenn Deutschland in der nächsten Umfrage vor der Schweiz liegen würde – wenn wir unsere Hausaufgaben nicht machen.

Von den Besten lernen

Die Schweiz braucht endlich liberale Reformen, wel-

che attraktive Rahmenbedingungen und damit Wirtschaftswachstum bringen. Wir brauchen eine wachsende Schweiz – für neue Lehrstellen, für neue Arbeitsplätze. Zu lange hat man sich auf den Lorbeeren ausgeruht – und tut dies mit Vorliebe immer noch. Neue Projekte werden a priori blockiert, weil sie Veränderungen mit sich bringen könnten. Welch fatale Auswirkungen dies hat, zeigt das Ranking der Weltbank, welches auch – und

insbesondere – von Unternehmen gelesen wird. In der Steuerpolitik wird mit der Unternehmenssteuerreform ein wichtiger Schritt getan. Weil für Unternehmen aber die Steuern nicht der einzige Grund für den Standortentscheid sind, müssen auch im Volkswirtschaftsdepartement und im Justiz- und Polizeidepartement (insbesondere was den Investorenschutz anbelangt) endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Dabei gilt es zu beach-

ten, dass grössere Unternehmen ihren Standort regelmässig evaluieren und, wenn die Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften in der Schweiz nicht mehr gegeben sind, ihre Zelte auch abbrechen. ■

Eine Schweiz in Bewegung Eine erfolgreiche Schweiz

Der breit angelegte Strategieprozess der FDP Schweiz steht kurz vor dem Abschluss. Ab 22. Oktober ist die Umsetzung vorgesehen. Auf dieser Seite finden Sie Auszüge aus dem Strategiepapier. Die vollständige Strategie der FDP Schweiz finden Sie im Internet unter www.fdp.ch.

Wir sind liberal, optimistisch, unabhängig!

Wir Freisinnigen haben die moderne Schweiz gegründet. Wir stehen am Ursprung des politischen Systems von 1848, das auch heute noch das politische

Geschehen in unserem Land bestimmt. Das liberale Gedankengut hat sich weiterentwickelt und zwischenzeitlich den Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts angepasst; doch hat es heute wie früher das gleiche Ziel: die Garantie der individuellen Freiheit und Würde sowie der demokratischen Ordnung in einer Gesellschaft, die das Streben nach Erfolg positiv bewertet.

Wir Liberalen fördern in der Schweiz ein Klima des Fortschritts und des Wettbewerbs. Wir stehen für die persönliche Freiheit des Einzelnen in Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ein. Wir kämpfen für die ständige Anpassung

unserer politischen und sozialen Instrumente an die neuen Realitäten. Wir lehnen Tabus und Vorurteile ab.

Wir Liberalen wollen einen schlanken, starken Staat, der die Rahmenbedingungen für Freiheit und Gerechtigkeit schafft. Wir wollen eine Gesellschaft, in welcher die Menschen die Chance haben, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es für richtig halten. Wir setzen dabei auf das Verantwortungsbewusstsein eines jeden Einzelnen.

Wir sind die Partei, die sich mit der Bevölkerung im ständigen Dialog befindet. Wir diskutieren mit den Menschen offen und wollen sie für neue Lösungen ge-

Weiteres Vorgehen

22.10.2005:

Die Prinzipien der Strategie und das Mandat zur konkreten Umsetzung derselben werden von den Mitgliedern der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz diskutiert und verabschiedet.

Bis im Frühling 2006 werden die für die Umsetzung der Massnahmen innerhalb der vier Zielbereiche geeigneten politischen Instrumente vorbereitet, so dass ein grösstmögliches Engagement sämtlicher Liberalen der Schweiz möglich wird. So sollen zum Beispiel präzise politische Thesen vorgelegt werden können, über die an Delegiertenversammlungen debattiert und entschieden wird. Und/oder es soll eine in den Parlamenten von Bund, Kantonen und Gemeinden vorzubringende gemeinsame Stellungnahme vorbereitet werden. Und/oder es werden eine oder mehrere Volksinitiativen auf Bundesebene lanciert. Und/oder es werden Veranstaltungen auf nationaler oder regionaler Ebene organisiert usw.

Ab 2006:

Umsetzung der Aktionen auf allen politischen Ebenen.

winnen. Auch schwierige Reformen wollen wir zusammen mit der Bevölkerung realisieren.

Wir sind die Partei der Inhalte. Wer FDP wählt, entscheidet sich für Intelligenz und Mut. Wir wollen Inhalte erarbeiten und prägen; unsere Köpfe tragen Verantwortung.

Wir wollen eine offene, gerechte, zukunftsgerichtete Schweiz!

a) Der mündige Bürger mit seinen Fähigkeiten und seiner Eigeninitiative steht im Zentrum der Gesellschaft. Der Staat bietet die notwendigen Rahmenbedingungen an, damit jeder Einzelne die Chance auf Erfolg hat.

b) Leistung und Erfolg werden in der Schweiz positiv bewertet. Gesellschaften, welche den Erfolg auf der Basis einer liberalen Werthaltung anstreben, sind erfolgreich und gerecht, weil sie Chancengleichheit bieten.

c) Wir müssen uns öffnen – sowohl im Innern als auch gegen aussen. Die erfolg-

reiche Schweiz hat sich immer durch eine offene Gesellschaft ausgezeichnet. Die Geschichte der Schweiz zeigt, dass Öffnung eine Chance ist und keine Gefahr.

d) Wir gehören zu den erfolgreichsten Wissensgesellschaften. Voraussetzung dafür ist Leistungswille, verknüpft mit Investition in Bildung. Die Schweiz eignet sich hervorragend als Standort für Forschung, Wirtschaft und internationale Organisationen.

Auf diese Grundsätze abgestützte Reformen werden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz verbessern und somit den Wohlstand im Land erhöhen. Die Schweizer Bevölkerung kann der Zukunft mit Optimismus begegnen; Zuversicht tritt an die Stelle der Angst.

FDP-Vizepräsident und Nationalrat Ruedi Noser hat das Strategiepapier der FDP Schweiz zusammen mit Nationalrat Didier Burkhalter massgeblich mitgeprägt. Der Freisinn hat ihn zu Inhalt und Umsetzung dieser Strategie befragt.

Wie haben Sie diesen Prozess des Schreibens eines Strategiepapiers erlebt?

Es war sehr spannend. Wir haben uns intensiv Gedanken gemacht über Gegenwart und Zukunft der Schweiz und über den Beitrag der FDP. Wir haben uns mit Begriffen wie «liberal», «Gerechtigkeit» usw. auseinandergesetzt. Sehr interessant waren auch die Diskussionen mit den Kantonalparteien.

Sind Sie zufrieden, wie das Papier in der FDP aufgenommen wurde?

Ich habe sehr viele gute Feedbacks und konstruktive Kommentare erhalten. Ich stelle fest, dass man sich mit den Ideen auseinandersetzt; genau das wollten wir erreichen. Ich bin mir auch sicher, dass wir unser Ziel erreichen werden: Eine Strategie formulieren, mit der sich die liberal denkenden Menschen in unserem Land identifizieren können.

In der Strategie wird skizziert, wie eine liberale Schweiz aussehen soll, aber ganz konkrete Punkte fehlen weitgehend.

Das ist das Wesen einer Strategie. Damit legt man die Richtung fest. Unsere Richtung ist liberal, optimistisch und unabhängig. Nach der DV in Yverdon wollen wir die Arbeit der Partei an dieser Strategie ausrichten, sprich: Erst jetzt beginnt die politische Arbeit.

... und ist gewährleistet, dass diese Strategie nicht einfach in der Schublade verschwindet?

Ihre Meinung ist gefragt

Teilen Sie uns Ihre Überlegungen zur FDP-Strategie mit. Entweder per Mail an info@fdp.ch oder per Post an: FDP Schweiz, «Strategie», Postfach 6136, 3001 Bern



Ruedi Noser

Dafür lege ich meine Hand ins Feuer. Sowohl auf eidgenössischer Ebene als auch bei den Kantonalparteien ist der feste Wille vorhanden, dass diese Strategie umgesetzt wird. Dieser Wille ist die Grundvoraussetzung für die Umsetzung.

Was werden die Mitglieder in den Sektionen von dieser Strategie spüren?

Wir wollen unsere Ziele auf Bundesebene, in den Kantonen und in den Gemeinden umsetzen. Diese Strategie ist ein Projekt aller Freisinnigen in der ganzen Schweiz. Wir arbeiten gemeinsam an der Formulierung, und wir setzen gemeinsam um. Wenn wir in unserem Land etwas verändern wollen, müssen wir gemeinsam anpacken.

Erfolg und Niederlage

«Strategisches Planen ist wertlos – es sei denn, man hat zuerst einmal eine strategische Vision.»

John Naisbitt (*1930),
amerik. Prognostiker

Einladung

zur a. o. Delegiertenversammlung

Samstag, 22. Oktober, 10.30 Uhr

Kongresszentrum «La Marive», 1400 Yverdon

Freitag, 21. Oktober 2005

Sekretärenkonferenz

Konferenz der Geschäftsleitung und der Kantonalparteipräsidenten

Soirée vaudoise

Samstag, 22. Oktober 2005

Kongresszentrum «La Marive»

- 10.30 Uhr Begrüssung
Stadtpräsident von Yverdon: Rémy Jaquier, FDP
- 10.35 Ansprache Parteipräsident NR Fulvio Pelli
- 10.50 **Liberale Gesundheitspolitik**
– Bundesrat Pascal Couchepin: Nötige Reformen aus Sicht des Bundesrates
– Nationalrat Felix Gutzwiller: Die Gesundheitspolitik der FDP
– Diskussion
- 12.10 **Eine Schweiz in Bewegung – eine erfolgreiche Schweiz**
– Präsentation
NR Didier Burkhalter, FDP/NE
NR Ruedi Noser, FDP/ZH
– Diskussion
– Verabschiedung
– Schlusswort Parteipräsident
- ca. 13.15 Schlusswort und Einladung zum Aperitif (offeriert von der Stadt Yverdon)
Claude-André Fardel, Präsident FDP/VD

Mit freundlichen Grüssen

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Der Parteipräsident:
Fulvio Pelli, Nationalrat

Der Generalsekretär:
Guido Schommer

Mutige Reformen für eine liberale Gesundheitspolitik, die Kosten bremst und Vertrauen schafft

Bald ist es zwei Jahre her, dass die zu grossen Teilen freisinnig geprägte Revision des Krankenversicherungsgesetzes im Parlament Schiffbruch erleiden musste, und eine Beschlussfassung zu den wiederaufgenommenen KVG-Teilrevisionen scheint noch nicht in greifbare Nähe zu rücken.



Petra Studer

Von Petra Studer, Leiterin des Politischen Sekretariats der FDP Schweiz

Die gesamt-schweizerischen Gesundheitskosten sind jedoch auch im laufenden Jahr wieder um 6 bis 8% angestiegen. Und während in Fachkreisen heftig debattiert wird, welche Faktoren für die Kostenspirale verantwortlich sind, ohne dabei jedoch die Bereitschaft für echte Reformschritte zu manifestieren, wird in den Schweizer Familien gerechnet, auf was im nächsten Jahr aufgrund der Prämienrechnung verzichtet werden muss oder ob sich ein Kassenwechsel vielleicht lohnen könnte.

Freilich konnten wir im laufenden Jahr auch Schritte in die richtige Richtung verzeichnen, wie z.B. die Einigung auf eine Reduktion der Medikamentenkosten um 250 Mio. Franken pro Jahr oder den Ausschluss von gewissen komplementärmedizinischen Methoden aus der Grundversicherung (was jedoch nicht einer Leistungskürzung, sondern einer konse-

quenten Anwendung der im heute geltenden KVG verankerten Kriterien der «Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit» entspricht). Auch wenn diese Massnahmen sinnvoll sind, vermögen sie die in unserem Gesundheitssystem dringend notwendigen Reformen in keiner Weise zu ersetzen.

Fehlanreize beseitigen

Um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu bremsen, braucht es wettbewerbliche Reformen und liberale Rahmenbedingungen. Eine liberale Gesundheitspolitik muss jedoch auch das Vertrauen der Bevölkerung ins Gesundheitswesen stärken: qualitativ hochstehende und für alle Bürgerinnen und Bürger zu einem vernünftigen Preis zugängliche medizinische Leistungen sind das Ziel.

Man kann davon ausgehen, dass sowohl alle beteiligten Leistungserbringer als auch die Versicherten bei ihrem Handeln mehrheitlich auf finanzielle Anreize reagieren; es braucht also eine Umkehr der heute im Gesundheitswesen bestehen-

den Fehlanreize und damit eine Stärkung der Eigenverantwortung sowie des Kostenbewusstseins aller Akteure. Im Gegensatz zu einer staatlichen Planung wird ein kontrollierter Wettbewerb die Qualität der medizinischen Leistungen wirksamer fördern und mehr Spielraum lassen für zukunftssträchtige Innovationen.

Freisinnige Reformschritte

Der Kontrahierungszwang soll durch eine wettbewerbliche Vertragsfreiheit für Leistungserbringer und Versicherer ersetzt werden; dabei sind Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit vorzusehen. Der diskriminierende «Ärztestopp», ein faktisches Berufsverbot für junge Medizinerinnen und Mediziner, könnte somit endlich aufgehoben werden.

Bei der Spitalfinanzierung sollen anstelle der Spitäler die Behandlungsfälle abgegolten werden; das schafft Transparenz, korrigiert Kostenverzerrungen und reduziert die Quersubventionierung zwischen Grund- und Zusatzversicherern.

Eine moderate Erhöhung von Franchise und Selbstbehalt für die Behandlung von geringfügigen Leiden trägt bei den Versicherern zur Stärkung der Selbstverantwortung bei. Aus liberaler Sicht muss die durch hohe Wahlfranchisen manifestierte freiwillige Risikobereitschaft aber auch mit einem entspre-

chend grosszügigen Prämienrabatt belohnt werden.

Leistungserbringernetzwerke (managed care) müssen gefördert werden, da diese zur Qualitätssicherung, zur Kostenkontrolle und zur Förderung des eigenverantwortlichen Handelns von Leistungserbringern und Versicherten beitragen. Wenn die Patienten auf die Qualität der im Rahmen des Netzwerks, an welches ihre Hausärztin angeschlossen ist, angebotenen Gesundheitsleistungen vertrauen können, so kann teures Hin- und Herpendeln zwischen Spezialisten eingedämmt werden. Im gleichen Zug braucht es auch eine Verbesserung des Risikoausgleiches.

Nebst der freien Kassenwahl für die Versicherten soll auch ein freier Marktzutritt für qualifizierte Leistungserbringer und Versicherer gelten; dieser Wettbewerb wirkt kosten-senkend und wirkt einer aufgeblähten staatlichen Gesundheitsbürokratie entgegen. Wenn für die Versicherungen liberale Rahmenbedingungen gelten, so sind sie aber auch zur regelmässigen und transparenten Information der Versicherten verpflichtet.

Das Schweizer Gesundheitswesen benötigt eine Projektorganisation zur effizienten Umsetzung und laufenden Evaluation der politisch entschiedenen Strategien. In einem solchen Gremium müssten auch die Kantone vertreten sein, so dass bei Koordinations-schwierigkeiten (wie z.B. bei der aktuellen Frage der

schweizweiten Koordination der Spitzenmedizin) möglichst rasch für alle Beteiligten tragfähige Lösungen gefunden werden können.

Als flankierende Massnahme zur wettbewerblichen Reform des Gesundheitssystems schaffen einkommensabhängige Prämienrabatte für wirtschaftlich schwächere Haushalte, insbesondere kinderreiche Familien, einen sozialen Ausgleich. Sinnlosen Umverteilungsübungen mit der Giesskanne ist jedoch entschieden entgegenzuwirken; diese vermögen die Kostenspirale keineswegs zu bremsen, sondern bergen vielmehr die Gefahr, an anderen Orten Finanzlöcher aufzureissen.

Lage ist ernst

Nach dem Scheitern der KVG-Revision wurden die gleichen Kulissen in etwas anderer Zusammensetzung wieder aufgebaut, und die gleichen Hauptdarsteller, Nebenakteure und Souffleusen tummeln sich wieder auf den grossen Brettern, welche die Schweizer Gesundheitspolitik bedeuten. Es bleibt indes zu hoffen, dass der Ernst der Lage nun endlich erkannt wird und die mutigen Reformen nicht Lippenbekenntnisse bleiben. Gesundheitspolitik muss keine Tragödie sein. Liberale Gesundheitspolitik kann auch Chancen bieten: Chancen für den Arbeitsmarkt, Chancen für den Fortschritt und Chancen für ein langes, gesundes Leben. ■

Erfolgreiche Sommeruniversität (UNILIB)

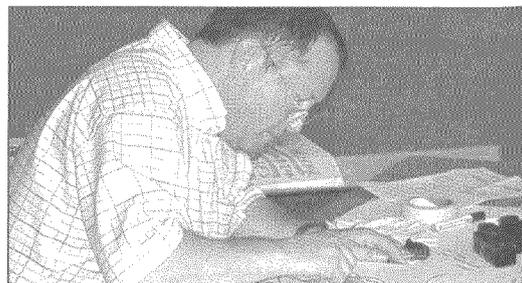
Fundierte Diskussionen jenseits der Tagespolitik

Die erste gemeinsame Sommeruniversität von Freisinnigen und Liberalen am 2. und 3. September in Morges war mit über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein grosser Erfolg. Profilierte Referentinnen und Referenten, intensive Debatten und eine freundschaftliche Atmosphäre prägten diesen Anlass.

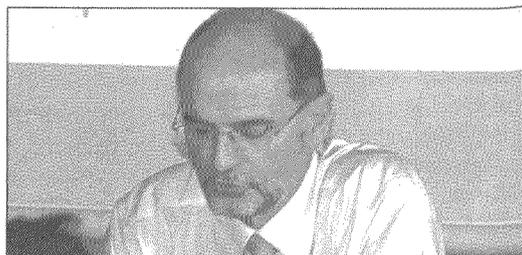
Die UNILIB 2005 behandelte die Herausforderungen, welche die Schweiz zu bewältigen hat. Das Ziel war es, die Überlegungen auf die wichtigen Herausforderungen der Schweiz in den nächsten 10 bis 25 Jahren zu fokussieren; sei dies in den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft oder Aussenpolitik. Mehr als 20 profilierte Rednerinnen und Redner aus den Bereichen Politik, Forschung, Wirtschaft und Umwelt traten an der UNILIB auf; unter anderen Bundesrat Pascal Couchepin, Daniel Borel, CEO Logitech, André Kudelski, CEO Nagra, Diana Wal-

lis, Abgeordnete des europäischen Parlaments, zuständig für die EFTA-Staaten, der Islam-Experte Prof. Udo Steinbach und der Wirtschaftsprofessor Franz Jaeger.

Für Liberale und Freisinnige ist seit jeher die fundierte Reflexion die Basis für ihr politisches Handeln. Gerade in der heutigen Zeit ist es unabdingbar, sich gelegentlich von der Tagespolitik zu lösen. Wenn man ein Land gestalten und nicht bloss verwalten will, muss Raum geschaffen werden für globale Reflexionen zu notwendigen liberalen Reformen. Die UNILIB von LPS und FDP passt genau in diesen Rahmen und beweist den Willen der beiden Parteien, grundsätzlichen Überlegungen den Platz zu geben, den sie verdienen. Dass dieses Konzept auch beim Publikum ankommt, bewies die Begeisterung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. ■



Der Karikaturist hatte alle Hände voll zu tun.



Frédéric Jauslin, Direktor des Bundesamtes für Kultur.



Logitech-CEO Daniel Borel bei seinen Ausführungen.



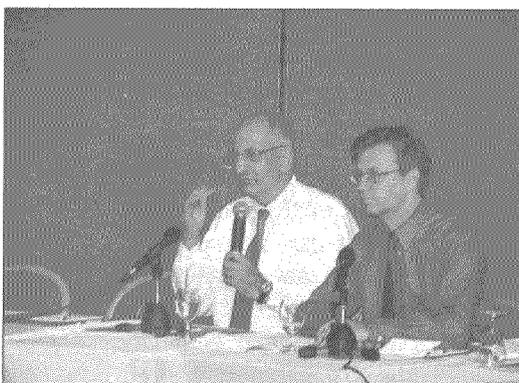
Spannende Vorträge und engagierte Debatten prägten die UNILIB 2005.



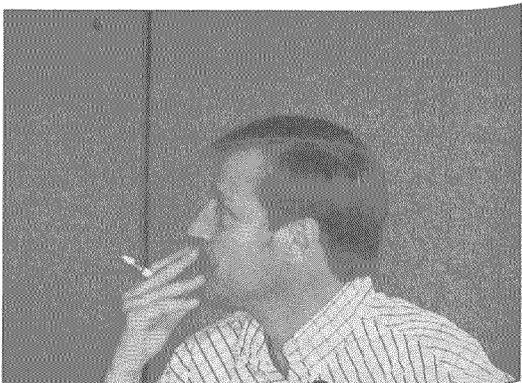
Auf dem Podium: Wirtschaftsprofessor Franz Jaeger, Publizist Roger de Weck und die frühere Nationalrätin Barbara Polla.



Interessiertes Publikum bei den Vorträgen und Debatten.



FDP-Bundesrat Pascal Couchepin und LPS-Präsident Claude Ruey.



Aufmerksamer Zuhörer: FDP-Vizepräsident Léonard Bender.

Microsoft Schweiz

Wir sehen Kinderträume wahr werden.

Kinder stecken voller Potenzial. Was auch immer sie sich erträumen: Mit gezielter Forderung und den richtigen Hilfsmitteln können sie im Leben viel erreichen. Wir begeistern uns für Kinder und ihr unerschöpfliches Potenzial. Das inspiriert uns, Software zu entwickeln, die ihre Träume wahr werden lässt.

www.microsoft.com/switzerland/de/potential



Your potential. Our passion.™

Microsoft

© 2007 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten. Microsoft und "Your Potential. Our Passion.™" sind entweder eingetragte Marken oder Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.

Die Schweiz braucht Tagesschulen

Breit abgestützter Vorstoss bringt Bewegung

Die Präsidentinnen der kantonalen und regionalen FDP-Frauengruppierungen haben einstimmig die Unterstützung für den Tagesschul-Vorstoss von Nationalrätin Christine Egerszegi beschlossen. Mit der dringlichen Bitte, die parlamentarische Initiative «Familien- und schulergänzende Kinderbetreuungsstrukturen für Chancengleichheit, Bildung und Wachstum» zu unterzeichnen, sind die FDP-Frauen an die Mitglieder der Bundeshausfraktion gelangt.

Von Barbara Perriard,
Generalsekretärin
FDP-Frauen Schweiz

Es ist sattsam bekannt, dass sich die nachhaltige Einbindung und der Aufstieg von Frauen in der Wirtschaft nur durch geeignete Rahmenbedingungen wirksam fördern lassen. Jede Mutter kann ein Lied davon singen: Sind die Kinder klein, so lässt sich eine ausserhäusliche Erwerbsarbeit zumindest einigerweilen bestehende Angebot an Kindertagesstätten vereinbaren. Mit der Einschulung stehen aber die meisten Mütter (und Väter) vor einer grossen Herausforderung. Unregelmässige Stundenpläne, auch Blockzeiten und Mittagstische bleiben für viele Eltern in der Schweiz ein unerfüllter Traum, und mehr als zehn Wochen Ferien bereiten grosse Probleme. Private Lösungen wie Nachbarschaftshilfe oder die Betreuung durch die Grosseltern können, sofern überhaupt möglich, zur Überbrückung dienen. Sie bleiben aber Unsicherheitsfaktoren, die eine verlässliche und vor allem auf Dauer ausgerichtete Lösung in den wenigsten Fällen ersetzen. Der Wandel des Arbeitsmarktes erfordert aber grösstmögliche Flexibilität. Auch lange Arbeitswege sind für viele die Regel und nicht mehr die Ausnahme. Es liegt deshalb im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft,

dass in der Schweiz mehr schulergänzende Kinderbetreuungsstrukturen geschaffen werden. Dieses Anliegen wird nicht nur von den Frauengruppierungen, sondern von der gesamten freisinnigen Basis mitgetra-

gen. Ein entsprechendes Projekt wurde im Rahmen von Avenir Radical von der freisinnigen Landsgemeinde praktisch einstimmig überwiesen. Auch der Wirtschafts-Think-Tank Avenir Suisse setzt sich mit

seinem kürzlich publizierten Bericht «Einmaleins der Tagesschulen» für bessere Strukturen ein und verweist mit Nachdruck auf das zu erwartende bildungs- und wirtschaftspolitische Wachstumspotenzial.

Impressum

Schweizer Freisinn

27. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 72098 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Nico Zila
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Liberale Frauen im Spiegel der Medien

Einladung

An interessierte Frauen und Männer zur 2. Netzwerkveranstaltung der FDP Frauen Schweiz

Samstag, 29. Oktober 2005
Restaurant zum Auseren Stand, Zeughausgasse, Bern

9.30 Uhr bis 13.30 Uhr

Die Veranstaltung wird simultan übersetzt

Der Eintritt ist frei (Kollekte)

Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist beschränkt

Programm nach der Begrüssung

«Doing gender» in der Wahlkampf-Kommunikation.
Präsentation der Studien der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen und Erfahrungsberichte zweier Politikerinnen

Was hat sie, was ich nicht habe?
Eindrücke und Folgerungen eines Medientrainers

Die Medien – Freunde oder Feinde der Politikerinnen?
Podiumsdiskussion mit Politikerinnen, Medienschaffenden und Medienfachleuten

Worauf es beim Medienauftritt ankommt!
Tipps und Tricks des Medientrainers

Networking-Apéro

Anmeldung an info@fdp-frauen.ch

FDP
Frauen Schweiz



Die FDP-Frauen begrüßen und unterstützen den Vorstoss von Christine Egerszegi, Vizepräsidentin des Nationalrats.

Finanzierbarkeit wichtig

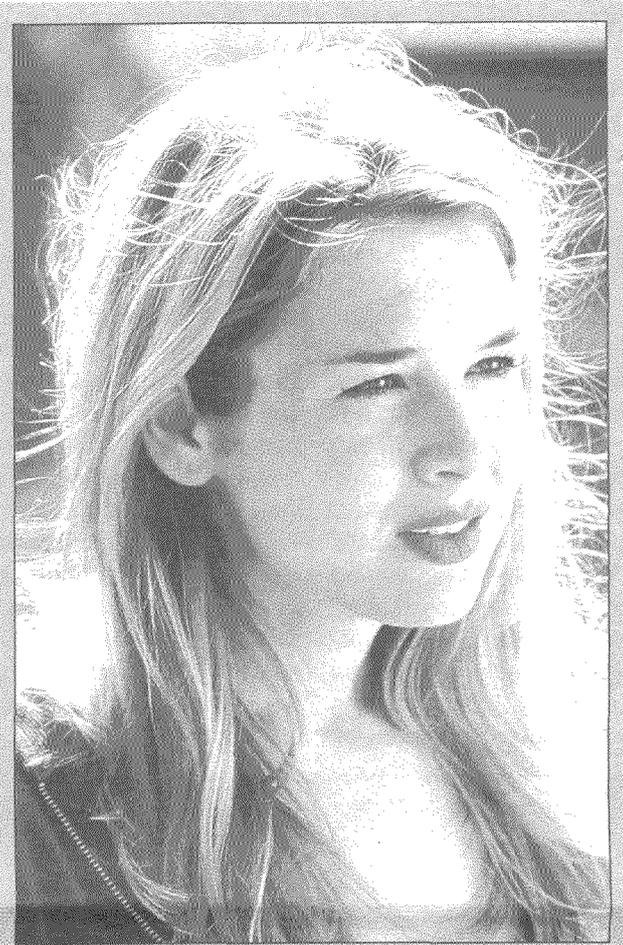
Natürlich gilt es angesichts des Spardrucks neben der Wünschbarkeit auch die Finanzierbarkeit eines politischen Projektes zu prüfen. Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass mittel- bis langfristig durch die höhere Erwerbsquote vor allem von gut ausgebil-

deten Frauen auch die Steuereinnahmen steigen werden. Zudem sind wir der Meinung, dass gerade mit dem Verweis auf die Beteiligung Privater der Linken eine wichtige Konzession abgerungen werden konnte. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass sich Eltern, die von entsprechenden Einrich-

tungen profitieren, an den anfallenden Kosten beteiligen. Tagesschulen sind eine echte Win-win-Situation. Die Wirtschaft, die berufstätigen Eltern, die Kinder und letztlich auch das Gemeinwesen profitieren.

Taten statt Worte

Mit der von den FDP-Frauen Schweiz initiierten und von Ständerätin Christiane Langenberger eingereichten Motion «Blockzeiten für die ganze Schweiz» ist die FDP nur knapp an der Allianz von CVP und SVP gescheitert und mit einer Stimme im Ständerat unterlegen. Die «Ja, aber»-Haltung so mancher Politikerinnen und Politiker vermag viele freisinnige Frauen (und mit ihnen auch viele aufgeschlossene freisinnige Männer) je länger, desto weniger zu überzeugen. Wir brauchen Taten statt Worte – und zwar heute. Nicht erst morgen oder übermorgen. Der Tagesschul-Vorstoss ist der richtige Schritt zur richtigen Zeit. Indem die Fraktion den Tagesschul-Vorstoss unterstützt, liefert die Partei einen echten Tatbeweis und setzt sich für die Anliegen von Frauen ein. ■



Prominente Feministin

Auch Renée Zellweger, 36, der sympathische Star aus «Bridget Jones» und «Cold Mountain», engagiert sich für die Sache der Frau. Auf die Frage der Zeitschrift «Vogue», ob sie sich als Feministin fühle, antwortet die Oscar-Preisträgerin mit Schweizer Wurzeln: «Das hängt von der Definition ab. Im Grunde ist jede Frau automatisch eine Feministin. Je mehr wir unseren eigenen Wert realisieren und festigen, desto wertvollere Menschen werden wir. Und daran sollten schliesslich auch Männer ein Interesse haben.» Recht hat sie, meinen die FDP-Frauen. Neue Feministinnen braucht das Land! (bp)

Erfolg und Niederlage

«Bevor ich heiratete, hatte ich sechs Theorien über Kindererziehung. Jetzt habe ich sechs Kinder und keine Theorie.»

John Wilmot, Earl of Rochester (1647–1680), englischer Dichter

Rückblick auf die Kampagne «erweiterung.ch»

Frisch und unkonventionell, aber dennoch wirkungsvoll in ihrer Zielgruppe. Dies waren die Ziele der überparteilichen Jugendkampagne «erweiterung.ch», welche sich seit Anfang Sommer schweizweit für ein junges JA zur erweiterten Personenfreizügigkeit einsetzt.

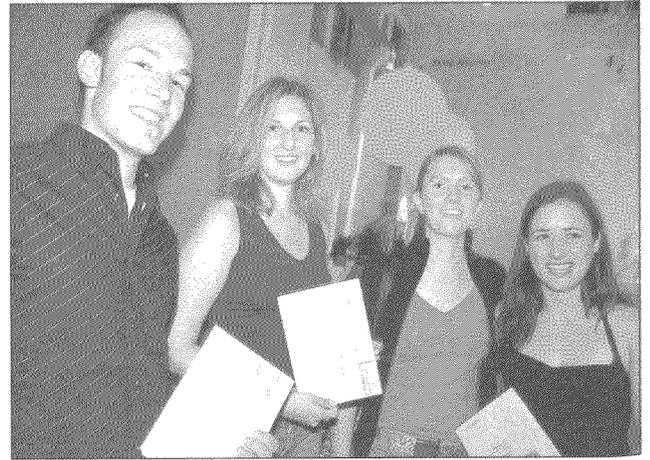
Von Adrian Michel,
Kampagnenleiter jfs

Teams von erweiterung.ch verteilten ca. 150 000 Flyer und Give-Aways u.a. an Open-Airs und Festivals, organisierten Podiumsdiskussionen in Schulen sowie Pressekonferenzen und schrieben auch Leserbriefe. Ein Höhepunkt der Kampagne waren die Vote Discos am Freitag, 9. September. In acht Städten fanden Vote-In-

Partys statt, an denen offiziell brieflich abgestimmt werden konnte. Im Vorfeld nahmen auch etliche Prominente aus Politik und Kultur, darunter Bundesrat Leuenberger sowie auch Parteipräsident Fulvio Pelli, an einem medienwirksamen Empfang teil. Insgesamt rund 3000 Jugendliche, unter ihnen zahlreiche Neuwähler, nutzten die Gelegenheit, um abzustimmen, und machten tanzend mobil für ein JA zur Freizügigkeit.

Beherrzter Einsatz!

Die Jugendkampagne «erweiterung.ch» besteht aus einer breiten Koalition von 7 Jugendorganisationen mit insgesamt 10 000 politisch aktiven Jugendlichen. In 16 Regionalkomitees wie auch im nationalen Rahmen wurden über 100 teilweise Aufsehen erregende Aktionen geplant und durchgeführt. Beispielhaft steht dafür etwa das Komitee «DJ für die Personenfreizügigkeit», welches pünktlich zur



Gute Stimmung und politisches Engagement an der Vote-In-Party.

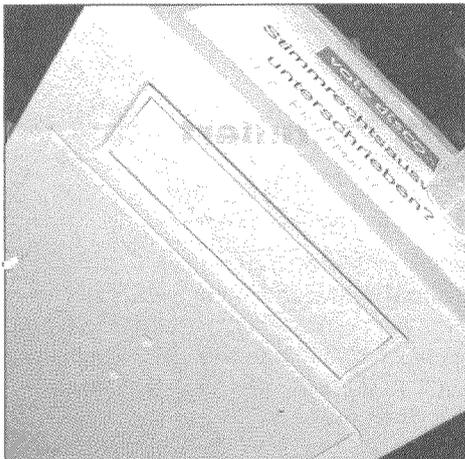
Street Parade in Zürich präsentiert wurde. Unzählige Stunden wurden bis am 25. September in ehrenamtlicher Arbeit aufgewendet und für unsere politische Überzeugung im Rahmen von erweiterung.ch investiert. Dafür gebührt allen engagierten Jugendlichen unser Respekt und Dank.

Engagierter Jungfreisinn

Jungfreisinnige sind mit überdurchschnittlichem Engagement auf allen Ebenen aktiv und prägen die Kam-

pagne «erweiterung.ch» sehr stark. Von den 16 Regionalkomitees wird die Hälfte durch Jungfreisinnige geleitet und geführt. Im nationalen Rahmen sind dies Philip Gasser sowie Fabian Etter. In den Regionen Patrick Rossi (AG), Thomas Kundert (GL), Manuel Tönz (GR), Nihat Tektas (SH), Martin Kuhn (SG), Petra Walker (UR), Philip Gasser (VD) und Adrian Michel (TG).

www.erweiterung.ch ■



Agrarpolitik 2011: Mutloser Bundesrat!

Die jungfreisinnigen schweiz (jfs) begrüßen den Entwurf zur AP 2011 des Bundesrates und beurteilen ihn als Fingerzeig in die richtige Richtung. Mehr ist er jedoch nicht, denn es ist lediglich vorgesehen, die finanzielle Unterstützung für die Landwirtschaft um bescheidene 0,2% abzubauen. Die im internationalen Vergleich ausserordentlich stark protegierte Schweizer Landwirtschaft muss dringend restrukturiert werden. Der Vorschlag des Bundesrates ist dafür kaum mehr als ein Tropfen auf einen heissen Stein.

Wie von den jungfreisinnigen seit längerem gefordert, werden mit der AP 2011 erfreulicherweise die Exportsubventionen der Landwirtschaft wegfallen. Statt jedoch reinen Tisch zu machen, werden u. a. weiterhin Marktstützungsmassnahmen vorgesehen. Diese Politik der kleinen Schritte – zwei nach vorne, einer zurück – ist laut den Verlautbarungen in den Vernehmlassungsunterlagen nicht nur inkonsequent, sondern langfristig für eine gesunde Schweizer Landwirtschaft schädlich!

Mit der jetzt vorgeschlagenen AP 2011 werden die Schweizer Landwirte dem stärker spürbaren Wettbewerb auch in der Zukunft nachhinken. Der Anpassungsdruck wird grösser, und die heute zu zögerlichen Reformschritten evozieren später umso härtere Einschnitte. Die jungfreisinnigen fordern deshalb ein eigentliches Fitnessprogramm für die Landwirtschaft: Sämtliche Zölle sollen abgeschafft werden, was nicht nur den Konsumenten, sondern auch den Bauern (Tierfuttermittel) zugute kommt. Zudem soll Schluss sein mit dem Etiketten-

schwindel (Subventionen runter, dafür Direktzahlungen fast gleich stark rauf). Die jungfreisinnigen bekennen sich zur Multifunktionalität des Agrarsektors, die auch abgegolten werden soll, sind aber überzeugt, dass dies auch mit massiv weniger Mitteln möglich ist. Eine weniger stark protegierte Landwirtschaft, die dafür umso mehr Freiräume durch Deregulierungen erhält, ist letztlich auch im Sinne der Generationengerechtigkeit. Man vergesse nicht: Die Schulden der Schweiz wachsen immer noch stetig an! ■

Strommarktliberalisierung

Wirtschaftsfeindlicher Nationalrat entscheidet gegen KMU und Konsumenten

Eine Allianz linker und rechter Monopolisten im Nationalrat hat es geschafft, die längst überfällige Öffnung des Schweizer Elektrizitätsmarktes vorerst weiter zu verschieben. Mit seinem äusserst knappen Entscheid gegen eine sofortige Marktöffnung, bei welcher Haushaltskunden und KMU von der Liberalisierung erst in fünf Jahren profitieren können, wird erneut eine wichtige Verbesserung unseres Wirtschaftsstandortes verhindert. Der Ständerat ist jetzt herausgefordert, diesen Entscheid gegen die Wirtschaft und gegen private Konsumenten rasch zu kor-

rigieren. Schweizer KMU, welche im Vergleich zu ihrer ausländischen Konkurrenz in der EU bis zu 40% höhere Stromkosten haben, sind dringend auf eine sofortige Liberalisierung der Elektrizitätsmärkte angewiesen. Sie verfügen im Vergleich zu den grossen Stromabnehmern heute noch nicht über die Möglichkeit, auf gerichtlichem Weg ihr Durchleitungsrecht zu erkämpfen. Diese Unternehmen benötigen deshalb rasch eine gesetzliche Regelung, die es ihnen erlaubt, endlich unabhängig von der heutigen Zwangsabnahme der Strommonopolisten zu werden.

Der Nationalrat, der mit seinem etatistischen Entscheid vor den Gewerkschaften in die Knie gegangen ist, zeigt ein weiteres Mal, wie wenig ernst es ihm mit der Förderung unseres Wirtschaftsstandortes ist. Auf Partikularinteressen monopolistischer Stromproduzenten und ewiggestriger Marktverteufler in der Ratslinken wurde mehr Rücksicht genommen als auf die Förderung unserer KMU. Auch vor der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes waren die Befürchtungen staatsgläubiger Kreise gross, die Marktöffnung gefährde die Sicherheit der Grundversorgung und

senke die Preise kaum. Das Resultat ist bekannt, der Wirtschaftsstandort Schweiz wurde durch die Wahlfreiheit erheblich gestärkt, und die Versorgungssicherheit war nie gefährdet.

Die Jungfreisinnigen fordern den Ständerat deshalb auf, den wirtschaftsfeindlichen Entscheid des Nationalrates zu korrigieren und den Strommarkt in der neuen Gesetzesvorlage auch für Haushaltskunden und KMU zu öffnen. ■

Erfreulicher Schritt zur Kostendämpfung

Billigere Medikamente sind nur eine Massnahme, weitere müssen folgen

Die FDP begrüsst die Vereinbarung zwischen Bund und Pharmaindustrie zur Senkung der Medikamentenpreise. Dadurch werden die Gesundheitskosten gesenkt. Auch in anderen Bereichen des Gesundheitswesens müssen Verbesserungen eingeführt werden, um den Kostenanstieg bei den Krankenversicherungen zu bremsen. Hier ist nun insbesondere das Parlament gefordert.

Mit Einsparungen von 250 Millionen Franken bei den Medikamentenpreisen hat das Departement Couchepin gemeinsam mit den beteiligten Partnern der Pharmaindustrie einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur Stabilisierung der Gesundheitskosten gemacht. Neu sind insbesondere die Überprüfbarkeit der Einsparungen und die Eliminierung eines Teils der als besonders stossend betrachteten Preisdifferenzen der Medikamente zum nahen Ausland. Die Kosten

für Medikamente machen aber nur einen kleinen Teil der gesamten Gesundheitskosten aus. Weitere Schritte in Richtung Kosteneindämmung müssen deshalb folgen. So sind beispielsweise die Leistungen in der Grundversicherung auf Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit hin zu überprüfen, wie dies bereits im Fall der Komplementärmedizin getan wurde.

Ziel ist eine Verwesentlichung des Leistungskatalogs in der Grundversicherung. Im Weiteren sind vermehrt Anreize für kostenbewusstes Verhalten einzuführen. Ein Mittel hierzu ist die von der FDP seit langem geforderte Aufhebung des Vertragszwangs zwischen Ärzten und Versicherern. ■

Fulvio Pelli gratuliert Guido Westerwelle

Stärkung der liberalen Kräfte in unserem Nachbarland

Die FDP Schweiz ist erfreut über das ausgezeichnete Wahlergebnis ihrer Schwesterpartei FDP Deutschland. Die deutschen Bürgerinnen und Bürger haben den liberalen Pol gestärkt. Damit haben sie zum Ausdruck gebracht, dass sie liberale Reformen für mehr Wachstum wollen.

Es ist höchst erfreulich und stimmt zuversichtlich, dass die FDP in Deutschland zu den Wahlsiegerinnen gehört und nun die drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag ist. Denn Deutschland braucht – wie die Schweiz auch – mehr Liberalismus und eine wirtschaftsfreundliche Politik zum Wohle der Menschen.

Die FDP ist diejenige Kraft, die Deutschland erneuern und auf den Wachstumspfad zurückführen kann. Europa im Allgemeinen und die Schweiz im Speziellen brauchen ein wirtschaftlich starkes Deutschland. In diesem Sinne ist die deutliche Stärkung des liberalen Pols ein positives Zeichen für ganz Europa.

Parteipräsident Fulvio Pelli hat ein entsprechendes Gratulationsschreiben der FDP Schweiz an den Vorsitzenden der deutschen FDP, Guido Westerwelle, gesandt. ■

Nationalrat Markus Hutter ist neuer Präsident

Generalversammlung der FDP Schweiz International

An ihrer Generalversammlung vom 3. September 2005 in Interlaken wählten die Mitglieder der FDP Schweiz International Nationalrat Markus Hutter (ZH) zu ihrem Präsidenten. Markus Hutter übernimmt das Amt von Nationalrat Johannes Randegger (BS), welcher die FDP Schweiz International seit Herbst 2003 geführt hatte.



Christina Grunder

Danke, Johannes Randegger!

Die FDP Schweiz International dankt dem abtretenden Präsidenten Johannes Randegger herzlich für seinen grossen und unermüdlichen Einsatz für die fünfte Schweiz und die Auslandschweizer-Sektion der FDP Schweiz. Er hat in den zwei Jahren seiner Präsidentschaft den Verein geprägt und die FDP Schweiz International mit Herzblut und Überzeugung geführt. Der Vorstand der FDP Schweiz International freut sich darauf, weiterhin auf Johannes Randegger, Mitglied des Europarates und selber erfahrener Auslandschweizer, als Mitglied der FDP Schweiz International zählen zu können. Des Weiteren wurde den Mitgliedern der Jahresbericht des Präsidenten vorgestellt, welcher über die Aktivitäten der FDP Schweiz International in den Jahren 2004 und 2005 Auskunft gibt. Im Zentrum stehen dort der Arbeitsbesuch von Christina Grunder, Sekretä-

rin der FDP Schweiz International, und von Michel Fischer, Politischer Sekretär bei der FDP Schweiz, in Deutschland und die Verleihung des vierten Auslandschweizer-Preises.

Arbeitsbesuch im Emsland

Der Arbeitsbesuch in Deutschland hatte zum Ziel, die Geschichte der Arbeitslager im Emsland zu thematisieren. Gast an dieser Veranstaltung war Stefan Waespi, Staatsanwalt am Uno-Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag. Gemeinsam besuchte die Delegation die Arbeitslager in Esterwegen sowie verschiedene Gedenkstätten in Begleitung von FDP-Politikern aus dem Emsland. Den Abschluss des Kongresses bildete ein interessanter Vortrag von Stefan Waespi.

Professor Thomas Straubhaar geehrt

Der Auslandschweizer-Preis 2005 wurde am 17. März in Basel verliehen. Unter Anwesenheit verschiedenster Persönlichkeiten aus der Welt der Kunst, der Kultur, der Politik und der Wirtschaft ehrte die FDP Schweiz International den Burgdorfer Professor Thomas Straubhaar, welcher seit einigen Jahren Leiter des HWWA (Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv) ist. Mit seinen Thesen zur liberalen Wirtschaftspolitik hatte der Preisträger be-

reits in seiner Zeit in der Schweiz für Furore gesorgt. Auch in Deutschland hat Thomas Straubhaar weitergeforscht und ist zu einer bekannten Grösse der deutschen Wissenschaft geworden. Als Gastreferent durften wir in diesem Jahr Bundesrat Pascal Couchepin begrüessen, die Laudatio hielt Prof. Dr. oec. Silvio Borner von der Universität Basel. Der Auslandschweizer-Preis erfreute sich auch in diesem Jahr grosser Beliebtheit. Die Anwesenheit vieler Mitglieder der FDP Schweiz International hat uns sehr gefreut, und wir hoffen auf einen ähnlich guten Besuch im kommenden Jahr.

Ausschreibung läuft bereits wieder

Die Ausschreibung für den fünften Auslandschweizer-Preis wurde bereits gemacht, Eingaben können

dem Sekretariat bis am 7. Oktober 2005 zugestellt werden. Die Jury, bestehend aus Dr. Hugo Bütler (Jurypräsident), Botschafter Peter Sutter (Chef EDA Abteilung VI), Hanna Widrig (Direktorin der Zuger Kulturstiftung Landis & Gyr), Francine Asmis (Vorstandsmitglied der FDP Schweiz International) und Guido Schommer (Generalsekretär der FDP Schweiz) wird sich ab November mit den einzelnen Dossiers befassen.

Ja zum freien Personenverkehr

Die FDP Schweiz International war auch am 2. September 2005 mit einem Stand am Auslandschweizer-Kongress vertreten. Sie hat sich dort in erster Linie für die Abstimmung zum freien Personenverkehr von 25. September 2005 stark gemacht und Mitgliederwerbung betrieben.

Wir danken an dieser Stelle allen Mitgliedern für ihre Teilnahme an der Generalversammlung, und wir freuen uns auf ein Wiedersehen bei der Verleihung des fünften Auslandschweizer-Preises im März 2006. ■



Markus Hutter

Was sucht Schweizer Stickerei an der Unterwäsche?

damit protestiert Toni dem Blair zu	Ausflug rund um den Globus frz. Artikel	Napoleonschloss am thurg. Untersee	liegt hinten im Semftal	zähe Nadelhölzer gibts auch zur Wurst	künstlicher Wasserlauf oder Fernsehstrasse	13	milit. Zentralschule leiser Niederschlag	hochwertige werden noch in der CH produz.	
Elefantenzahn für Türme		Brot im Fernen Osten flattert auch mit Alkohol			gehört zu den Herbstblumen		spaltet Holz modische Habits		
an ihnen klettern kaum mehr Schüler		10			medizinisch plötzlich auftretend			meist kleines süs-ses Früchtchen	
mager wie eine Spargel	Schaffhauser Rheinwasserspiel Reusskant.					9	altberühmter Verkehrsdirektor Luzerns		
12					besser mit Weile Wappenblume				
innerer Drang für manches	wo die ersten Olympioniken kämpften	Urs im Bündnerland	11						
					grosser Bergflieger unbestimmter Artikel			7	
Couchepins Schwester	knappe Regierung Europarat u. E.rekord				Mischplatte für Pinselkünstler		Sport- oder Schwimmclub	löwenstarker und innovativer Kanton	dazu gehören manche KMU-Betriebe
Bush's Ja ist noch Textilmetropole im TG		fliesst bei St.Gallen und in die Thurwenn sie losgelassen!	Hans, früher Dadaist Alpsteingipfel		8	Strafgesetz in Kürze sine loco ohne Ort		
					fällt oft von Zigarren wo Gurken versauern				6
Berlusconi Tante	2 klare Absage Dorf in der Ajoie			ihr kennt den Schützen				urseres Wissens als Abkürzung	
5		fliesst vor Big Ben belgische Stadt				1	Mass für Bauplätze des Esels Zusage		
			4	italienischer Sprudel faules Klettertier				trägt den Steinbock im Wappen	
grüne bis bunte Vorspeisen m. Essig u. Öl	Laute oder Leute			Vornamen auch für Nationalrätinnen				Augsburger Bekenntnis	
gute Firma, welche sie noch ausgebildet				3			schützenswerte Flusslandschaft		

Gewinnen Sie einen gesunden Schlaf!

ISA bodywear

1.-3. Preis je ein ISA-Pyjama, gestiftet von der ISA Sallmann AG in Amriswil

So machen Sie mit: Schreiben Sie bis Freitag, 21. Oktober 2005 (A-Post-Stempel), eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort sowie Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:

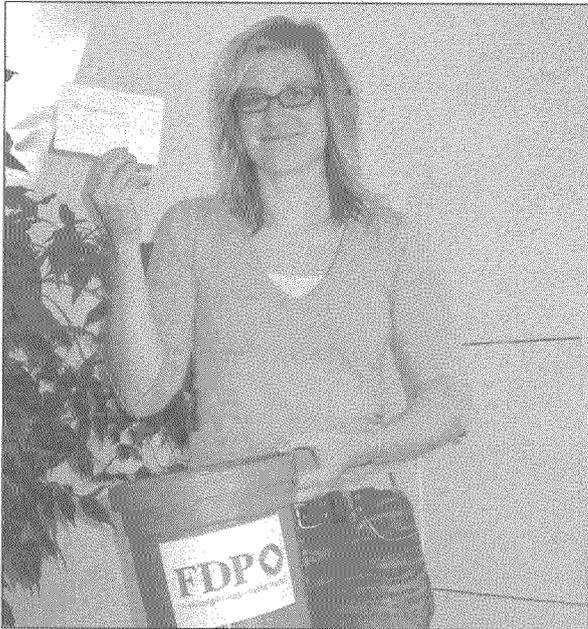
Generalsekretariat FDP Schweiz
«Freisinn»-Rätsel
z. Hd. Herrn Nico Zila
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Auflösung des Rätsels aus der letzten «Freisinn»-Ausgabe finden Sie auf der folgenden Seite.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----



Rätselauflösung Nr. 7/2005

FREMDEXVERKEHR lautete das Lösungswort des Preisrätsels im «Freisinn» vom 7. September. Auch diesmal liessen uns wieder zahlreiche Leserinnen und Leser das richtige Lösungswort zukommen. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gebührt ein herzliches Dankeschön! Aus den Einsendungen zog Regula Dütschler, Praktikantin bei der FDP Schweiz, die glücklichen Gewinner:

1. Preis: ein FDP-Portefeuille

Frau Dorli Becker, 5103 Möriken AG

2. Preis: ein FDP-Schirm

Frau Alice Keller-Kerker, 7503 Samedan GR

3. Preis: zwei FDP-Sicherheitswesten

Herr und Frau Sepp und Elisabeth Zach,
7223 Buchen GR

Lösung aus dem «Freisinn» Nr. 7:

K	P	B	M	L									
A	D	I	T	A	Z	E							
F	R	A	N	Z	O	S	E	N	U	M	T		
F	R	E	I	Z	U	E	G	I	G	K	E	I	T
E	N	A	R	L	M	A	N	G	E	L			
N	E	L	S	H	M	A	L	T	A				
M	E	Z	B	I	O	S	E	E	N				
M	A	N	E	G	E	G	A	T	T	D			
G	E	R	A	N	I	E	I	E	N				
S	K	U	T	A	R	I	P	S	I	N			
E	A	R	E	R	O	K	O	K	O				
W	S	A	A	B	P	A	L	A	V	E	R		
G	U	I	L	L	O	T	I	N	E	A	W		
R	E	B	R	O	N	A	R	B	E				
S	P	A	N	I	E	N	U	A	G				
L	O	E	H	N	E	L	E	O	N	O	R	E	
P	L	K	O	M	M	I	S	S	I	O	N		

Agenda

Wichtige FDP-Termine

21. Oktober	Präsidentenkonferenz / Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz
22. Oktober	Treffen der freisinnigen Regierungsräte mit den Präsidien von Partei und Fraktion
22. Oktober	Delegiertenversammlung in Yverdon-les-Bains / La Marive
9. November	2. World Freedom Day
10. November	Bundesratsparteien-Gespräche
11. November	Von-Wattenwyl-Gespräche
18./19. November	Vorsessionale Fraktionssitzung
27. November	Eidgenössische Abstimmung – Sonntagsverkauf in grossen Bahnhöfen – Gentechfrei-Initiative
28. 11.–16. 12.	Wintersession
1. Dezember	Geschäftsleitung
7. Dezember	Offizielles Fraktionssessen

WEMF

Die WEMF-beglaubigte Auflage des «Freisinn» liegt ab dem 1. Oktober 2005 bei 72 078 Exemplaren. Dies entspricht einer Aufлагesteigerung von knapp 1000 Exemplaren.

Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Ihnen ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform für Ihre Ideen.

Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Es werden ausschliesslich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Dabei besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung.

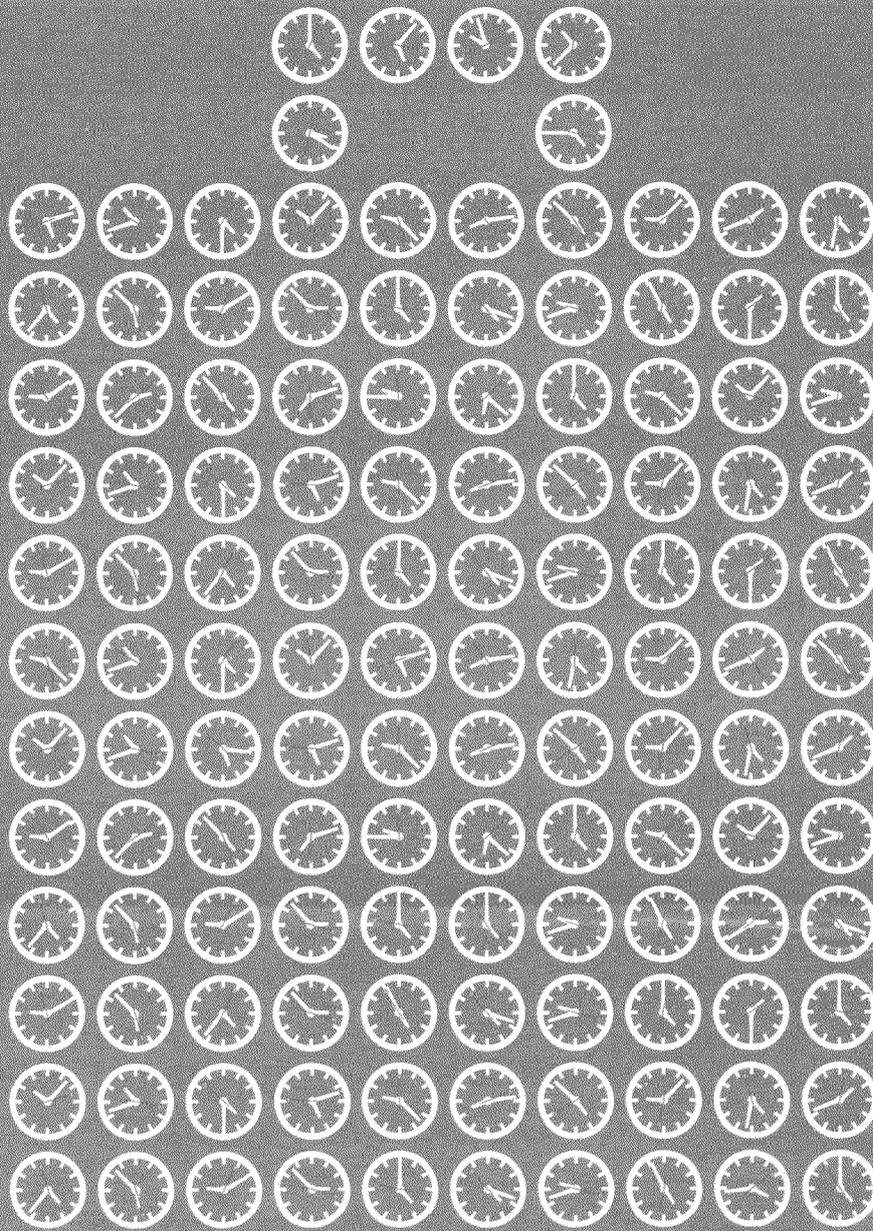
Bitte senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (per E-Mail oder auf Diskette).

Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz
Redaktion «Schweizer Freisinn»
z. Hd. Herrn Nico Zila
Postfach 6136
3001 Bern
zila@fdp.ch



Karikatur: Andreas Töns



« Freie Wahl statt
Einkaufsverbot »»

JA

www.fdp.ch

zu vernünftigen
Ladenöffnungszeiten

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei